



**2022 SIND RUND  
800 LEHRKRÄFTE  
IN NRW VORZEITIG  
AUSGESTIEGEN...**

**– TARIFRUNDE NUTZEN:  
LEHRTÄTIGKEIT  
ATTRAKTIVER MACHEN!**

# Liebe Kolleg\*innen,

ist nicht alles relativ? - „Absolut!“, sollte mensch meinen. Stellen wir uns eine\*n Kolleg\*in vor mit einem Jahreseinkommen von 50.000 Euro. Vielleicht kommt diese Person auf die Idee, 45 Euro davon für wohltätige Zwecke zu spenden. Das wären noch nicht einmal ein Prozent des Erarbeiteten.

Bei 50.000 Euro im Jahr sollte vielleicht sogar noch etwas mehr drin sein. Zehn Prozent entsprächen 500 Euro. Das wäre möglicherweise etwas zu viel verlangt. Aber davon die Hälfte? Oder so?

Der reichste Mensch der Welt kommt auf ein Vermögen (nicht: Jahreseinkommen!) von geschätzt

über 100 Milliarden Euro, was zwei Millionen Kolleg\*innen mit dem oben beschriebenen Jahreseinkommen von 50.000 Euro entspricht.

Käme dieser reichste Mensch nun auf die Idee, zehn Prozent seines Vermögens für Gemeinnütziges zu spenden, so könnten sich die Begünstigten über zehn Milliarden Euro freuen.

Und tatsächlich: 2019 hat der Gründer des Paketversickers „amazon“, sich ein Herz gefasst und spendet. Knapp 90 Millionen Euro gingen an 32 US-Organisationen, die obdachlose Menschen unterstützen. Ein absolutes Danke dafür!

Es entspricht diese Summe übrigens genau den 45 Euro, die jemand mit 50.000 Euro Jahreseinkommen spenden würde: 0,09 Prozent!

Oder anders ausgedrückt: Der „amazon“-Gründer „könnte ein 150.000-Dollar-Haus für jede obdachlose Person in Amerika kaufen (2019 zählte man 568.000 Wohnungs- und Obdachlose in den USA) und hätte immer noch 20 Milliarden Dollar Privatvermögen.“ (<https://twitter.com/EatTheRichPod>)

Das alles ist relativ wie absolut heftig!

Eure „forum“-Redaktion

# forum 3-2023

Gremien zum Mitmachen	4
<b>IN KÜRZE</b>	
Kinder, Kinder! - Armut und Reichtum	5
<b>TITELTHEMA</b>	
Gemeinsam für den Inflationsausgleich	6
Das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale	8
Studis beim TV-L mit dabei	12
<b>AUS DEN GREMIEN</b>	
GEW Köln trauert um Jörg Mährle	13
bundesweiter Bildungsprotest	14
GEW Köln beim Edelweißpiratenfestival	17
50 Jahre in Deutschland	18
GEW Köln für Schüler-D-Ticket	22
<b>gewERKSCHAFTSPOLITIK</b>	
Online-Veranstaltung zum Organizing	23
Self-Empowerment im Betrieb	24
<b>GESELLSCHAFT</b>	
Email = Plastiktüte	26
Nur Nicht-Fliegen ist schöner ...	30
War is big business!	31
Kinderklinik erhalten!	32
Oben bleiben!	34
<b>INTERNATIONALES</b>	
Druck auf Lehrkräfte durch Orban	36
<b>AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN</b>	
Berichte und Termine	37
<b>EINLADUNG MITGLIEDERVERSAMMLUNG</b>	40



Auf den Internetseiten [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de) oder auf [ww.gew-nrw.de](http://ww.gew-nrw.de) sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

### IMPRESSUM

**Herausgeber**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Köln  
Hans-Böckler-Platz 1  
50672 Köln  
Telefon 02 21 51 62 67  
Telefax 02 21 52 54 46  
**Homepage:** [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)  
**E-Mail:** [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
[facebook.com/gewkoeln/](https://facebook.com/gewkoeln/)  
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktion:** Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Ines Bartenstein und Eva Caspers  
**Konto:** BBBank eG  
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07  
**Druck:** Zimmermann GmbH, Köln  
**Vertrieb:** GWK, Köln  
**Layout:** Atelier Goral, Köln  
**Titelfoto:** Schule in Not e. V.

## Nein zur Kündigung von Inés Heider!

### #Wir sind Inés

Der Sozialarbeiterin in der Neuköllner Keplerschule und aktives Mitglied der GEW und Jungen GEW Inés wurde am 10.07.2023 seitens ihres Trägers Technische Jugendfreizeit- und Bildungsgesellschaft (tjfbg) außerordentlich und fristlos gekündigt.

Der Anlass für die Kündigung ist, dass sie ihre Kolleg:innen im selben Träger auf die angekündigten Kürzungen im Sozialerät Neuköllns aufmerksam gemacht hat. Sie informierte ihre Kolleg:innen über eine Kundgebung gegen die geplanten Einsparungen und die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu engagieren.

Die Kündigung von Inés ist ein Angriff auf gewerkschaftliche Organisation (Union Busting) und auf das Recht auf freie Meinungsäußerung aller Beschäftigten und tritt Arbeitnehmer:innenrechte mit Füßen.

Sie ist jedoch auch ein Angriff auf den gerechtfertigten Protest der Beschäftigten der sozialen Einrichtungen, der Lehrkräfte und Sozialarbeiter:innen, der Eltern und Jugendlichen gegen die geplanten Sozialkürzungen des Landes Berlin.

Der Angriff auf Inés ist ein Angriff auf uns alle. #Wir sind Inés

Wir solidarisieren uns mit Inés und fordern die Rücknahme der Kündigung seitens der Geschäftsführung und Geschäftsführer Thomas Hänsgen!

## Unsere Waffe heißt Solidarität!

Wenn Arbeitgeber\*innen versuchen, Arbeitnehmer\*innen mundtot zu machen, die ihre Kolleg\*innen motivieren wollen, Kürzungen, Sparwahn und Ungleichverteilung von Mitteln nicht widerstandslos hinzunehmen, dann ist es höchste Zeit, unsere stärkste Waffe einzusetzen: die Solidarität. // „forum“-Redaktion



## Arbeitsgremien zum Mitmachen!

### FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg\*innen.

### BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de  
Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

### ERWACHSENENBILDUNG

Dr. Lioba Waleczek  
liobawaleczek@web.de  
Klaus Mautsch,  
klaus@mautscherholz.de

### GESAMTSCHULE

Eva Caspers  
eva.caspers@gew-nrw.de  
Nick Bauermeister  
nick.bauermeister@gew-nrw.de

### GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693  
thorsten@albersmann.koeln  
Katja Nielsen, 0221-5506556  
katja.nielsen@gmx.de

### GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de  
Heike Wichmann, 0221-422354,  
heike.wichmann@gmx.net  
Andreas Haenlein,  
0221-9458678,  
andreas.haenlein@yahoo.de  
Gudrun Skeide-Panek,  
02232-29833,  
skeide\_panek@web.de

### HAUPTSCHULE

Hakan Türken  
hakan.tuerken@gmx.net  
Claudia Seidel,  
claudia.seidel1209@googlemail.com

### HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Mirjam Berg  
mrjmborg@gmail.com  
Sonja Gaedicke  
sonjagaedicke@gmail.com  
Sarah Karim  
sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch  
ulrikewesch@posteo.de

### REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647  
katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe  
karenkiethe@gmail.com

### SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,  
timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann,  
maren.bennemann@154209.nrw.schule

### SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter,  
rainer.jettke@koeln.de

### AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

### AKTIVE RUHESTÄNDLER\*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869,  
klein-loebbert@netcologne.de  
Silke Weinberger-Brümmer,  
0221-763379,  
nc-weinbesi2@netcologne.de

### ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,  
henning.m.frey@web.de  
Julian Gurster  
julianguerster@gmx.de

### QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930,  
bodo.busch@netcologne.de  
Björn Kiefer, 0170-9913326,  
b.kiefer1@gmx.de

### JUNGE GEW/STUDIERENDE

Dilem Bulut,  
bulutdilem1@gmail.com

### LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder,  
treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale  
Telefon: 0177-2403581  
kontakt@gew-koeln.de

### OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener,  
a.kloekener@online.de

Hans Raatz,  
raatz\_hans@hotmail.com

### ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

### INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,  
uschi.kellermann@gmx.de

### SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki  
T: 0221-684871  
E-Mail: annrat@gmx.de  
Klaus Minartz, 0221-526722,  
klaus.minartz@gmail.com  
Stefan Schüller-Breu,  
stefan.schueller@gmx.net



## Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich ...

Am 18. August dieses Jahres traten Ulrich Lilie, Präsident des ev. Wohlfahrtsverbands Diakonie, und Prof. Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor die Kameras und stellten ihre Studie zu den Folgekosten von Kinderarmut vor. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

**2008** war es, als der katholische Caritas-Verband die Lage noch wie folgt zusammenfasste: „In Deutschland leben 1,9 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Familien, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, das sogenannte Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld, erhalten. Damit ist jeder vierte der insgesamt 7,6 Millionen Hilfeempfänger ein Kind. Der Staat versucht, durch die Grundsicherungsleistungen Armut zu bekämpfen und den Menschen, die aus eigenem Einkommen ihre Existenz nicht oder nur teilweise sichern können (die sogenannten »Aufstocker«), ein Leben auf dem soziokulturellen Existenzminimum zu gewährleisten.“

In dem Zusammenhang wurde festgestellt: „Familien mit Kindern brauchen Hilfen, die es ihnen ermöglichen, aus eigener Kraft als Familie zu leben und ihre Kinder in einem zukunfts- und perspektivenoffenen Umfeld zu erziehen.“

### Immer mehr Armutsbetroffene

Das war vor 15 Jahren! - Abgesehen davon, dass die noch prekärere Lage von Alleinerziehenden erst vier Absätze später Gegenstand dieser Betrachtung war, bilanziert das DIW im Auftrag der Diakonie nun ganz aktuell:

„Schon vor dem sprunghaften Anstieg der Inflation war mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland gefährdet, aktuell ist nach den Daten des Statistischen Bundesamtes knapp jedes vierte Kind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.“

In absoluten Zahlen leben von den rund 14 Millionen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Deutschland also ca. 3,5 Millionen in Haushalten mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens.

### Zahl der Milliardär\*innen steigt

Wenn Menschen ärmer werden, müssen am anderen Ende der Verteilungsskala auch Menschen stehen, die reicher werden. Und tatsächlich: Vom (Corona-) Jahr 2021 bis 2022 ist die Anzahl der Dollar-Milliardär\*innen in Deutschland um 100.000 Personen angewachsen. Aktuell zählt man hierzulande somit 1,63 Millionen Millionär\*innen, die zusammengenommen über 6,3 Billionen Dollar verfügen.

Das entspricht ungefähr dem Gesamtvermögen aller privater Haushalte in Deutschland in 2019! Die Gesamtsumme, auf die die Milliardär\*innen in Deutschland kommen, hat sich in den letzten 13 Jahren übrigens um 122 Prozent gesteigert: von 325 Mrd. Euro auf 722 Mrd. Euro.

Was mensch davon alles bezahlen könnte ...?

**Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich, wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.**

B. Brecht, 1934.

**Unser  
ONLINE-KALENDER**  
Alle GEW-Termine im Überblick  
– leicht über unsere Homepage  
per Klick zu erreichen  
(gew-koeln.de)!



# TV-L-Runde beginnt! – Gemeinsam die Auswirkungen der Inflation bekämpfen!

„Kriegen wir eigentlich auch diesen Inflationsausgleich?“, so lautete die erste Frage bei unserem letzten GEW-Schulgruppentreffen. Und gleich waren alle bei der Sache! Leider musste ich die Kolleginnen und Kollegen enttäuschen. Der „Inflationsausgleich“ bezog sich auf die TVÖD-Runde für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen. Dennoch: Die Frage ist mehr als berechtigt! // **Julian Gürster, Mitglied im Kölner GEW-Ausschuss Angestellte Lehrkräfte**

Seit 2020 hat sich die Inflation, d.h. der Kaufkraftverlust unserer Löhne, auf etwas mehr als 16 Prozent akkumuliert. Das ist die Zahl, die es bei der Forderungsdiskussion hinsichtlich der bevorstehenden TV-L-Runde in den Blick zu nehmen gilt. Hieran muss sich das letztliche Ergebnis messen lassen, das den Reallohn zum Ziel hat. Der „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder“ (TV-L) ist zum 30. September kündbar. Die Vorbereitungen auf die Tarifrunde laufen. Wie erreichen wir einen Inflationsausgleich? Wie organisieren wir die Einheit der Kolleg\*innen? Darüber muss die Diskussion intensiviert werden!

## Stimmen von der Tarifkonferenz der GEW NRW

So war es auch nicht verwunderlich, dass bei dem Vortrag von Daniel Merbitz bei der Tarifkonferenz der GEW NRW kurz vor den Sommerferien, die Inflation eine wichtige Rolle spielte. Merbitz ist Mitglied des GEW-Hauptvorstands und zeichnet dort verantwortlich für den Bereich Tarif- und Beamtenpolitik. Er betonte, dass es natürlich viele Probleme an den Schulen gäbe, aber in der derzeitigen Situation bräuchten alle Kolleg\*innen „Cash“.

Gleichzeitig, so erklärte er, habe die TVÖD-Runde gezeigt, dass die Arbeitgeber\*innen extremen Widerstand leisteten. Uns würde eine „Trias aus Leermo-

**Seit 2020 haben unsere Löhne um mehr als 16 Prozent an Kaufkraft verloren.**

naten, Einmalzahlungen und linearen Erhöhungen“ bevorstehen, wobei er die Einmalzahlungen erneut als „Büchse der Pandora“ bezeichnete. Die Erfahrung der letzten Tarifrunden zeigt auch, dass diese Trias, mit der die Arbeitgeber\*innen Realloohnerhöhungen verhindern wollen, um extrem lange Laufzeiten ergänzt werden soll.

Mehrfach haben wir hier im „forum“ schon von der Diskussion im Kölner GEW-Ausschuss Angestellte Lehrkräfte berichtet und so haben wir auch auf der Tarifkonferenz klar gemacht, dass wir Einmalzahlungen, lange Laufzeiten und Leermonate strikt ablehnen. Forderungen müssten sich an der Realität messen, und diese ist eben 16 Prozent, so ein Vertreter unseres Ausschusses auf der Tarifkonferenz. Unser vorrangiges Ziel müsse sein, den Reallohn zu verteidigen und auszubauen.

## Forderungen des Kölner Ausschuss Angestellte Lehrkräfte

Weiterhin brachten wir folgende Punkte auf der Konferenz ein, die wir als Kölner Angestelltenausschuss als essentiell für die gemeinsame Forderungsdiskussion erachten:

1. Wir lehnen Einmalzahlungen strikt und kategorisch ab. Daniel Merbitz hat sie zu recht als „Büchse der Pandora“ bezeichnet; es darf keine erneute Nullrunde geben!
2. Als Sockel für alle Beschäftigten, d.h. Angestellte und Beamt\*innen, brauchen wir einen wirklichen Inflationsausgleich für vergangene und zukünftige Preissteigerungen;
3. Alle angestellten Lehrkräfte müssen zudem mindestens eine Entgeltgruppe höher eingruppiert werden oder eine entsprechende prozentuale Lohnerhöhung in ihrer bisherigen Entgeltstufe erhalten;
4. Die Laufzeit darf nicht mehr als 12 Monate betragen;
5. Die betriebliche Zusatzrente VBL muss an die Inflation angepasst werden.

Der **Ausschuss Angestellte Lehrkräfte** trifft sich das nächste Mal am Dienstag, 24. Oktober 2023, um 18.30 Uhr in der Geschäftsstelle der GEW Köln (Hans-Böckler-Platz 1).

## Aktuell nimmt die Inflationsrate wieder ab, aber sinken auch die Preise?

Die Inflationsrate drückt die Veränderung der Preise des sogenannten Warenkorb zum Vorjahresmonat aus.

Wenn man also die Inflationsrate seit dem vorletzten TV-L-Tarifabschluss im Jahr 2020 ermitteln will, muss man die monatlichen Inflationsraten in Bezug zu ihren Vorjahresmonaten bis 2021 in den Blick nehmen. Wenn man diese nun akkumuliert und den Jahresdurchschnitt der akkumulierten Inflationsraten des Jahres 2023 (bei einer angenommenen durchschnittlichen Inflationsrate von 5% für die Monate Juni bis Dezember) berechnet, erhält man für das Jahr 2023 eine durchschnittliche Inflationsrate von 16,82% im Bezug auf das Jahr 2020. Bei rd. 16% Kaufkraftverlust mag die Inflationsrate also sinken. Die Preise steigen jedoch weiter...



## Kölner GEW-Ausschuss Angestellte Lehrkräfte lehnt Einmalzahlungen, lange Laufzeiten und Leermonate strikt ab!

Mehrfach meldeten sich bei der Diskussion auch Kolleg\*innen aus den unteren Entgeltstufen EG 9 und EG 10 zu Wort, die als Werkstattelehrer\*innen oder Lehrkräfte für den Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) nicht durch die Umsetzung von „A13/EG 13 für alle“ erfasst werden. Sie machten sehr deutlich, dass sie mit dem Interesse in der GEW seien, höhergruppiert zu werden. Dem pflichtete ein Mitglied unseres Arbeitskreises bei, der dazu das Wort ergriff. Auch die Kolleg\*innen, die – wie er – schon lange in EG13 eingruppiert seien, würden von „A13/EG 13 für alle“ nicht profitieren. Dabei wurde er von einem Werkstattelehrer unterstützt.

Trotzdem wurde auch die Frage aufgeworfen, ob wir überhaupt solche Forderungen aufstellen könnten. So seien die angestellten Kolleg\*innen schwer zu mobilisieren und zeigten wenig Interesse am Tarifkampf. Beamt\*innen seien nicht solidarisch genug.

Obgleich manche Teilnehmer\*innen der Konferenz sich negativ zu unseren Vorschlägen positionierten, wurde dennoch deutlich, dass es Kolleginnen und Kollegen gibt, die

mit der GEW für höhere Löhne und einen Inflationsausgleich kämpfen wollen.

## Wie können wir erfolgreich sein?

Starke Forderungen brauchen eine starke Mobilisierung, das stimmt. Aber diese Feststellung darf nicht zu Passivität und Pessimismus führen. Ebenso wie auf der Tarifkonferenz möchte ich auch hier an die Stimmung bei unserem Schulgruppentreffen erinnern, denn die Frage nach dem Inflationsausgleich kam von einer Beamtin! Es muss also darum gehen, die Einheit der Kolleginnen und Kollegen aus ihren eigenen Interessen abzuleiten – und diese zu vertreten.

**Jetzt müssen die Lehrkräfte zusammenkommen: Wie müssen die Tarif-Forderungen lauten? Wofür ist man nötigenfalls auch zu streiken bereit?**

Beide Statusgruppen sind wichtiger Rechte beraubt: Den einen wird das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit vorenthalten, was dazu führt, dass sie monatlich mehrere hundert und auf ein Arbeitsleben gerechnet mehrere hunderttausend Euro weniger verdienen als ihre verbeamteten Kolleg\*innen. Sie sind die Niedriglöhner\*innen mit all den dazugehörigen, folgenschweren Konsequenzen für diese Schulen.

Den anderen ist das Recht genommen, ihre Interessen mit Mitteln des Arbeitskampfes zu vertreten, was dazu führt, dass sie sich gegen die Unterbesetzung, Überlastung, Klassengrößen etc. nicht wie andere Berufsgruppen wehren dürfen.

Wenn wir einen erfolgreichen Tarifkampf führen wollen, müssen dabei also sowohl Angestellte als auch Beamt\*innen ihre gruppenbezogenen und gemeinsamen Interessen zusammen je nach ihren Möglichkeiten vertreten können. Dafür müssen sie als die Einheit gesehen werden, die sie im Schulalltag ja auch sind.

Daher hat der Ausschuss Angestellte Lehrkräfte auch Beamt\*innen zu seiner Tarifrundendiskussion am 14.8. eingeladen. Und auch der Bildungsprotest am 23.9. kann eine Möglichkeit sein, die Einheit der Beschäftigten für einen Inflationsausgleich und gleichen Lohn für gleiche Arbeit praktisch umzusetzen.

## Man gönnt sich ja sonst nix!

Werden Lohnsteigerungen gefordert, wird immer gleich vor der Gefahr für die Gesamtwirtschaft gewarnt. Wie aber kann sich eine erdrückende Mehrheit von Menschen anders gegen die hohen Lebenshaltungskosten wehren? Zum Mythos der Lohn-Preis-Spirale // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“Redaktion**

**D**ie Wochenzeitung DIE ZEIT gibt Unterrichtsmaterial für Schulen heraus ([www.zeitfuerdieschule.de](http://www.zeitfuerdieschule.de)). Im Dezember 2022 lautete das Thema: „Inflation: Höhere Preise – höhere Löhne?“, zu dem Schüler\*innen auch Thesen zur *Lohn-Preis-Spirale* erörtern sollen. Gleich zu Beginn wird darin die aktuelle Lage problematisiert: „Wir spüren die Inflation überall: beim Lebensmitteleinkauf oder Restaurantbesuch, an der Zapfsäule, bei der Heizkostenabrechnung. Aber es trifft nicht alle gleich hart.“ Am Ende steht die Leitfrage, ob „jetzt der Moment gekommen [ist], die Löhne kräftig anzuheben – oder feuert man damit die Inflation nur weiter an?“

### Preisentwicklung am Beispiel „Deutsche Bahn“

Eine einfache Fahrt über 100km Entfernung zum Normalpreis kostete ...

... 2002: noch 27,38 DM dann 14,- €

... 2005: 15,50 € (plus 9,7 Prozent gegenüber 2002)

... 2010: 18,30 € (plus 18 Prozent gegenüber 2005)

... 2015: 21,10 € (plus 15,3 Prozent gegenüber 2010)

... 2020: 23,10 € (plus 9,5 Prozent gegenüber 2015)

Quelle: <https://www.pro-bahn.de/fakten/fahrpreise.htm>

### Darf es nur nicht zweistellig sein?

Anfang dieses Jahres begründete Dr. Cyrus de la Rubia seine „Angst vor einer *Lohn-Preis-Spirale*“. Der Chefvolkswirt und Head of Research der „Hamburg Commercial Bank“, bei der es sich nach zahlreichen Finanzskandalen übrigens um die erste privatisierte Landesbank Deutschlands handelt (bis 2019: „HSH Nordbank“), prophezeite direkt im Januar: „In diesem Jahr werden in Deutschland insgesamt die Löhne von etwa 10 Millionen Beschäftigten verhandelt – darunter ist der Einzelhandel, der Groß- und Außenhandel und der öffentliche Dienst der Länder vertreten. Man kann die Ansicht vertreten, dass die Lohnquote in unserer Volkswirtschaft steigen sollte – sie liegt derzeit bei 71,2 % und lag im Durchschnitt der letzten 20 Jahre bei 69,7 % –, wofür überdurchschnittliche Lohnforderungen eine Voraussetzung sind. Zweistellige Lohnzuwächse bergen aber in jedem Fall die Gefahr, dass sich eine *Lohn-Preis-Spirale* in Gang setzt, da Unternehmen versuchen werden, die mit den höheren Löhnen verbundenen Kosten an die Konsumenten weiterzugeben und somit die Inflation weiter anzukurbeln.“

### Gewerkschaften werden zur „Vernunft“ gerufen

Bereits am 10. Juni 2022 warnte die „Wirtschaftswoche“ den Vorsitzenden der IG-Metall: „Befeuern Sie keine Dauer-Inflation, Herr Hofmann!“. Man nahm damit Bezug auf die angekündigte Lohnforderung i.H.v. mindestens sieben Prozent für die 3,7 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie im Sommer vergangenen Jahres. Hofmann seinerseits bezeichnete die Forderung deshalb als vernünftig, da sie sich nicht an der tatsächlichen Inflationsrate sondern am EZB-Inflationsziel von zwei Prozent orientieren würde. Ansonsten „wäre unsere Forderung zweistellig“, so zitierte man ihn damals.

### Ein Blick zurück und hoffentlich nicht nach vorn

1870 sprach die „Zeitschrift für Gewerbe, Handel und Volkswirtschaft“ den Beschäftigten jedes Verständnis für ökonomische Zusammenhänge ab. Diese Wissenslücke würden sie dadurch offenbaren, ... dass sie streiken. Wörtlich:

„Arbeiter, die „striken“ zum Zwecke der Lohnerhöhung, legen damit das Bekenntnis ab, dass ihnen der wirtschaftliche Vorgang der Lohnbestimmung noch unbekannt, noch unverständlich ist. Die denselben bestimmenden wirtschaftlichen Naturgesetze bezeichnen den Strike behufs Lohnerhöhung - mag diese nun direkt oder indirect, wie durch Verkürzung der Arbeitszeit u.s.w., bezweckt werden, ja jeden Strike als unverständlich, erfolg- und wirkungslos, überflüssig und dabei noch schädlich für den eigenen Wohlstand des Arbeiters. - Denn ein Strike um des Lohnes willen [...] ist ein ebenso gewaltsamer als unverständiger Eingriff in den natürlichen Zusammenhang, in die organische Entwicklung der gesellschaftlichen Grund- und der wirtschaftlichen Naturgesetze.“

aus: „Arbeiter-Coalition und Strike in ihrer tatsächlichen und wirtschaftlichen Berechtigung“, in: Zeitschrift für Gewerbe, Handel und Volkswirtschaft, IX, 1870, S. 25-30,

zitiert nach: L. Machtan, „Giebt es kein Preservativ, um diese wirtschaftliche Cholera uns vom Halse zu halten?“ - Unternehmer, bürgerliche Öffentlichkeit und preußische Regierung gegenüber der ersten großen Streikwelle in Deutschland (1869-1874), in: H.-G. Haupt u.a. (Hrsg.), Politischer Streik, Frankfurt am Main 1981, S. 58.

Für die „Wirtschaftswoche“ sind neben den Energiekosten (ja, man spricht von „-kosten“ und nicht von „-preisen“!) die Löhne „ein wichtiger Faktor für die Inflationsentwicklung“. Verwiesen wird auf



einen „gefährlichen Mechanismus, wenn sich Löhne und Preise gegenseitig aufschaukeln: Arbeitnehmer fordern höhere Löhne, um die gestiegenen Preise auszugleichen, was zu höheren Kosten für Unternehmen führt – weshalb sie wiederum ihre Preise anheben“ (<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/lohnpreis-spirale-hoeren-sie-die-signale-herr-hofmann/28415258.html>).

Irgendwie hört sich das alles schon fast so an, wie die Definition vom abhängig Beschäftigten, die wir nebenstehend im Kasten abgedruckt haben. Nur: Das im Kasten ist von der Arbeitgeberseite vor 150 Jahren verfasst worden! Es kann kein Zufall sein, dass die „Wirtschaftswoche“ bei ihrer Darstellung der Zusammenhänge gar nicht bemerkt, selbst im 21. Jhd. formuliert zu haben, dass die gestiegenen Preise zuerst da waren. Es ist nämlich nicht wie bei der Frage, ob das Huhn dem Ei vorausgegangen ist oder umgekehrt (diese ist etwas komplizierter zu beantworten). Die Löhne laufen den Preisen i.d.R. immer hinterher, da Preise von Unternehmen gemacht werden, um nicht nur Kosten (für Löhne, Maschinen, Material, Transport) zu begleichen sondern dabei auch noch eine Profitrate obendraufzuschlagen. Ansonsten würden sie ja kostendeckend arbeiten, und das machen noch nicht einmal all die Betriebsmodelle, die als „gemeinnützig“ gelten.

Doch für die „Wirtschaftswoche“ bleibt nur eine Schlussfolgerung, wenn sie schreibt: „Die mächtigste Gewerkschaft Deutschlands [gemeint war die IG Metall] sollte deshalb ihre Füße still halten und Forderungen nach einem Gehaltsplus mit Umsicht formulieren.“ -

Was das aber für die Beschäftigten bedeuten würde, weiß jede\*r Beschäftigte!

### Führt Lohnbescheidenheit zu Preissenkungen?

Wagen wir den Umkehrschluss: Würden die Preise sinken, wenn die Beschäftigten weniger oder gar keine Lohnerhöhung fordern? Das wäre nur aus einem einzigen Grund der Fall: Wenn die Nachfrage dadurch derart sinken würde, dass die Umsätze zu lange zu stark einbrechen. Natürlich geht es bei der Festlegung von Preisen für Waren und Dienstleistungen um die Kosten, die diese zuvor verursacht haben. Angebotsorientierte Ökonom\*innen lassen aber allzu gern die Frage nach dem Profit, der mit den Preisen ja noch zusätzlich gemacht wird, einfach aus dem Blickfeld.

Geht es aber um die Löhne, dann müssen davon eben nicht „nur“ Lebensmittel, Neuan-schaffungen, Reparaturen, Benzin, Fahrscheine etc. sondern auch laufende Kredite für Immobilien, Möbel oder größere Haushaltsgeräte finanziert werden. Steigen die Zinsen, so sind erneut die Millionen Beschäftigten am stärksten betroffen.

### Was ist Inflation überhaupt?

Inflation kann drei Ursachen haben: 1. Geldmenge und Wertschöpfung sind aus dem Gleichgewicht geraten. Die Geldmenge oder die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nimmt stärker zu als die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen. 2. Es entsteht eine sogenannte *Cost-Push-Inflation*, wenn die Produktionskosten steigen (z.B. durch höhere Lohn-, Energie- oder Zinskosten). 3. Eine *Demand-Pull-Inflation* liegt vor, wenn es zur Verknappung von Gütern kommt, die Nachfrage also schneller steigt als das Angebot.

Weil es weniger Gelegenheiten gab, Geld auszugeben oder Investitionen sich nicht lohnten, brach die Umlaufgeschwindigkeit in der Pandemie ein. Als die Lockdowns beendet waren, nahm die Umlaufgeschwindigkeit der erhöhten Geldmenge wieder zu. Wegen der Lieferketten-Probleme trifft der nachgeholte Konsum aber auf ein niedriges Angebot. *Demand-Pull-Inflation* (Preissteigerung durch erhöhte Nachfrage) und *Cost-Push-Inflation* (Preissteigerung durch erhöhte Produktions- und Lieferkosten) treten also in Kombination auf. Die Nachfrage überholt Produktions- und Distributionskapazitäten.

Eine Inflation aufgrund von Lohndruck (engl.: *wage push inflation*) ist nur eine von vielen Ursachen für Geldentwertung. Preiserhöhungen (vor allem angewendet zur Steigerung der Unternehmensprofite) verringern die Reallöhne. Man könnte meinen, vor einem Dilemma zu stehen.

### Gegen den Mythos!

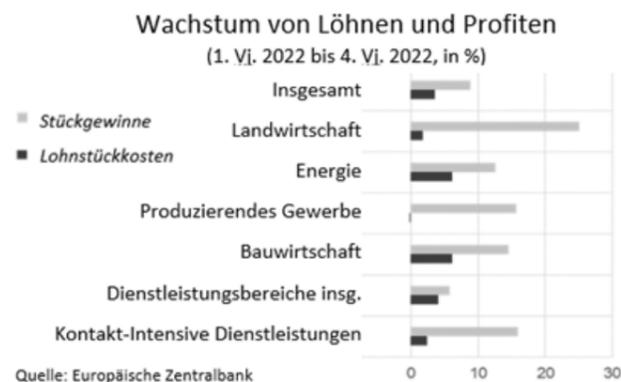
Während als extremste Folge der *Lohn-Preis-Spirale* sogar die anhaltende Stagflation (eine hohe Inflation bei gleichzeitig geringem Wachstum) ins Feld geführt wird, geht Marcel Fratzscher am 12. Juni 2022 in seinem Blog von anderen Zusammenhängen aus. Der Professor für Makroökonomie an der Berliner Humboldt-Uni und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wagt den „nüchternen Blick auf die derzeitige Realität“ und stellt fest, dass sich „das gegenteilige Bild“ zeigt: „Die Lohnentwicklung ist schwach, die Inflation wird von den Unternehmen und durch importierte Energie getrieben. Somit würde auch die konzertierte Aktion der Bundesregierung scheitern, wenn es ihr primäres Ziel wäre, Beschäftigte zu Lohnverzicht zu drängen.“ ([https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.845442.de/nachrichten/mythos\\_namens\\_lohn-preis-spirale.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.845442.de/nachrichten/mythos_namens_lohn-preis-spirale.html)).

### „Die Lohnentwicklung ist schwach, die Inflation wird von den Unternehmen und durch importierte Energie getrieben.“

M. Fratzscher, Prof. für Makroökonomie an der Humboldt-Universität Berlin und Präsident des DIW

Zur *Lohn-Preis-Spirale* führt er aus, dass diese „unter zwei Voraussetzungen entstehen“ kann: „Zum einen, wenn Beschäftigte und Gewerkschaften so große Macht in den Verhandlungen mit den Arbeitgeber\*innen haben, dass sie Löhne und Arbeitsbedingungen praktisch diktieren können. Die zweite Bedingung: Beschäftigte und Gewerkschaften orientieren sich bei ihren heutigen Lohnforderungen an der Inflation von gestern und nicht an einer für die Zukunft realistischen Inflationsrate.“

Würden „beide Bedingungen zutreffen, dann können Lohnerhöhungen die Zahlungsfähigkeit oder -willigkeit der Unternehmen übersteigen, sodass diese die höheren Lohnkosten in Form gestiegener Preise an die Konsument\*innen weitergeben.“



Grafik des DGB, 5. Mai 2023

### Preis-Preis-Spirale statt Lohn-Preis-Spirale

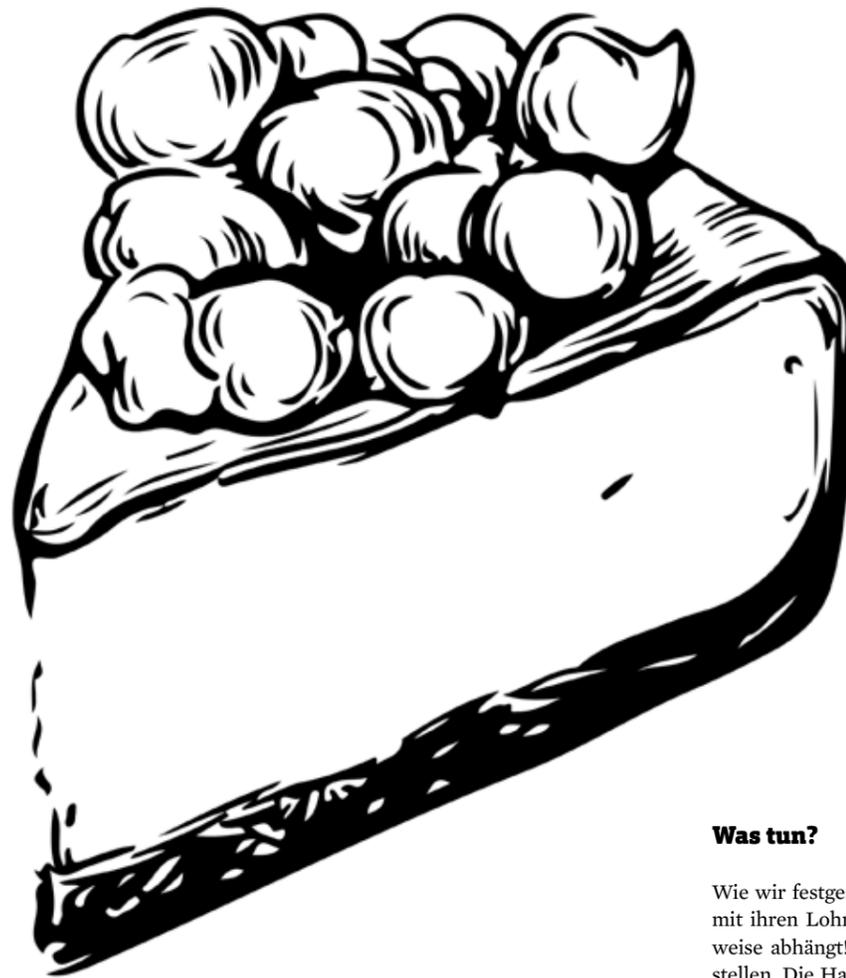
Doch Prof. Fratzscher spricht davon, dass „die Voraussetzungen für eine *Lohn-Preis-Spirale* in Deutschland in den letzten 70 Jahren nie weniger gegeben [waren] als heute“. „Die realen Löhne und damit die Kaufkraft der Einkommen [...] mit durchschnittlichen Lohnerhöhungen von 4 bis 5 Prozent und einer Inflation von über 7 Prozent [würden] in diesem Jahr deutlich sinken.“

Für Prof. Fratzscher spricht vieles dafür, „dass die Lohnentwicklung eher zu schwach als zu stark ist. Denn einige große Unternehmen in Deutschland fahren hohe Gewinne ein und schütten Dividenden aus.“ Auch das „Wachstum der Produktivität ist weiterhin robust und der Anstieg der Lohnstückkosten eher moderat. Es scheint also, dass zumindest in manchen Branchen die Unternehmen das größte Stück des Kuchens für sich beanspruchen und ihre Beschäftigten zum Verzicht drängen.“

Laut Prof. Fratzscher „ist die *Lohn-Preis-Spirale* nicht mehr als ein Mythos. Mit einem moralischen Unterton, der implizit Beschäftigten und Gewerkschaften die Verantwortung für die hohe Inflation gibt. Was heute existiert, ist vielmehr eine Preis-Preis-Spirale, bei der sich die über die Energiekosten importierte Inflation und von Unternehmen bestimmte Konsumentenpreise gegenseitig verstärken. Wenn überhaupt, dann könnte in Zukunft eine *Preis-Lohn-Spirale* entstehen, wenn denn die Löhne so stark steigen sollten, dass sie die Inflation der Konsumentenpreise übertreffen.“

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht können „Lohnerhöhungen [...] zu stark, aber auch zu schwach sein. Denn je stärker die Kaufkraft schrumpft, desto höher ist auch der Schaden für die Wirtschaft.“

Auf den „zentralen, häufig jedoch vergessenen Punkt“ weist Prof. Fratzscher ebenfalls hin: „Hohe Löhne und unternehmerischer Erfolg bedingen einander. Die erfolgreichsten deutschen Unternehmen sind solche, die mit die höchsten Löhne und besten Arbeitsbedingungen in Deutschland und weltweit anbieten.“ Das sollten sich auch die Länder als Arbeitgeber\*innen der Lehrkräfte hinter die Ohren schreiben, die mit ihrem Umgang gegenüber uns offensichtlich nicht zur Attraktivität des Lehrberufs beitragen!



### „Es scheint, dass zumindest in manchen Branchen die Unternehmen das größte Stück des Kuchens für sich beanspruchen und ihre Beschäftigten zum Verzicht drängen.“

M. Fratzscher, Prof. für Makroökonomie an der Humboldt-Universität Berlin und Präsident des DIW

Am Ende nimmt Prof. Fratzscher sich nicht erst die Landesregierungen (die ja beim TV-L die Arbeitgeberseite darstellen) sondern gleich die Bundesregierung vor, die „sich aus den Lohnverhandlungen heraushalten und nur anmahnen [sollte], dass Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen differenziert nach Branche und nach finanziellem Spielraum auf Augenhöhe miteinander verhandeln.“ Überdies fordert er von den politischen Entscheidungsträger\*innen, „ein Paket von Zukunftsinvestitionen als ihren Beitrag zur konzertierten Aktion [zu] beschließen, um das Wirtschaftspotenzial in den kommenden Jahren zu erhöhen, den Druck auf die Inflation zu reduzieren und mehr Wachstum und Einkommen zu generieren.“ Ergänzen möchte man, dass Schule und der Bildungsbereich insgesamt einen spürbaren Teil dieser Zukunftsinvestitionen erhalten müssen!

„Die Lohn-Preis-Spirale ist nicht mehr als ein Mythos. Mit einem moralischen Unterton, der implizit Beschäftigten und Gewerkschaften die Verantwortung für die hohe Inflation gibt. Was heute existiert, ist vielmehr eine Preis-Preis-Spirale, bei der sich die über die Energiekosten importierte Inflation und von Unternehmen bestimmte Konsumentenpreise gegenseitig verstärken.“

M. Fratzscher, Prof. für Makroökonomie an der Humboldt-Universität Berlin und Präsident des DIW

### Was tun?

Wie wir festgestellt haben, sind es nicht die abhängig Beschäftigten, die mit ihren Lohnforderungen (von denen ihre eher bescheidene Lebensweise abhängt!) die Ursache für Wirtschaftsauf- oder -abschwung darstellen. Die Hauptverantwortung tragen die Nutznießer\*innen der wirtschaftlichen Abläufe insgesamt, und das sind die privaten wie auch öffentlichen Arbeitgeber\*innen. Schließlich produziert ein Betrieb nicht in erster Linie, um Arbeitsplätze zu schaffen (was sich alle Gesellschaftsschichten wünschen mögen), sondern um mit einem bestimmten Produkt bei geringstmöglichen Kosten zum höchstmöglichen Profit zu kommen.

Mit der Rückkehr der Inflation wird es Zeit für die Rückkehr einer einfachen Idee: die gleitende Lohnskala, bei der die Löhne automatisch an die Inflationsrate angepasst werden. Diese Errungenschaft der Arbeiter\*innenbewegung wurde schon vor Jahrzehnten in Belgien und Luxemburg durchgesetzt und gilt dort bis heute. Lohnabhängige müssen sich somit nicht mehr sorgen, dass ihre Löhne von den Preissteigerungen aufgeessen werden. Jede weitere Tarifaueinandersetzung ist dann kein zäher Windmühlkampf gegen die Inflationsrate, sondern ein direkter Kampf um einen höheren Anteil am erarbeiteten Mehrwert.

Als größte Sorge wir jedoch formuliert, dass Lohnabhängige angesichts der Entwertung von Löhnen durch höhere Preise mehr Geld fordern, und es mehr Streiks und soziale Auseinandersetzungen gibt. Wenn Gewerkschaften fordern würden, dass das Gehalt mit der Inflation mithalten oder sogar darüber hinausgehen soll, könnte es tatsächlich zu einer Stärkung der Arbeiter\*innenbewegung kommen. Demgegenüber sind in den letzten drei Jahrzehnten die Reallöhne vieler Beschäftigter stagniert.

Wir haben keinen direkten Einfluss auf die Gestaltung der Preise. Wir leiden unter den gestiegenen Lebenshaltungskosten. Das einzige, was uns bleibt, ist die Durchsetzung höherer Löhne. Die gesamtwirtschaftlichen Folgen, die das haben mag, können nur an anderer Stelle gelöst werden – oder wir zahlen drauf. Nur: Wem nutzt das?



## Studentische Beschäftigte als Teil der TV-L-Verhandlungen

Die Bewegung für einen Tarifvertrag für studentische Mitarbeiter\*innen (TVStud) will die anstehende TV-L-Runde nutzen, um endlich tarifvertraglich berücksichtigt zu werden. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

„Jetzt geht's los!“, so beginnt der Aufruf, der seit dem 8. August dieses Jahres unter #dasGEWinnen auf facebook zu lesen ist. Weiter geht es mit einer konkreten Frage und der Aufforderung mitzumachen: „Du bist Hilfskraft oder Tutor\*in an einer Hochschule oder Forschungseinrichtung? Dann wird es Zeit! Mach mit bei der Forderungsfindung. Sag uns, was du mit uns gemeinsam an Verbesserungen für die Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter erkämpfen willst.“

### „Jetzt kommt es auf dich an“

Im Folgenden dokumentieren wir den Aufruf an die stud. Beschäftigten:

„Damit wir in der Tarifrunde ab Oktober einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte – und damit zum Beispiel mehr Lohn, längere Vertragslaufzeiten oder mehr Urlaub – erreichen, müssen sich viele studentische Beschäftigte an der Forderungsaufstellung beteiligen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass ver.di die Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter zur Forderung in der Tarifrunde macht.“

Deshalb: Nimm dir 2 Minuten, bring bis zum 30. September deine Forderungen ein und leite die Befragung an deine Kolleg\*innen weiter!

<https://www.tarifrebellion.de/.../tdl-2023/einstieg/tv-stud/>

### Warum ist die Teilnahme an die Angabe deiner Telefonnummer gekoppelt?

Das liegt daran, dass uns von den Arbeitgeber\*innen nichts geschenkt wird. Nur wenn wir viele sind und für unsere Forderungen notfalls auch in den Streik treten, können wir diese durchsetzen. Deshalb wirst du in der Tarifrunde von Kolleg\*innen angerufen, um dich über den aktuellen Stand der Verhandlungen und geplante Aktivitäten zu informieren.

### Denn nur gemeinsam können wir gewinnen!

Aus dem Aufruf der „TarifRebellion“: „Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder steht an und es geht auch um deine Ausbildungsbedingungen! In Zeiten, in denen eine Krise auf die andere folgt und die Lebenshaltungskosten in den vergangenen Monaten stark gestiegen sind, braucht es eine laute und starke Stimme der Azubis und dual Studierenden. Auch wenn die Preise mittlerweile langsamer steigen, werden die Preise langfristig hoch bleiben.“ (<https://www.tarifrebellion.de/tarifrunden/oeffentlicherdienst-laender/>)

### Wer verhandelt beim TV-L mit wem?

Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite (Tarifgemeinschaft der Länder; TdL) ist der Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel (SPD).

Ein Jahr nach Amtsantritt geriet er in die Kritik, weil er ohne Ausschreibung einen Auftrag über neun Millionen Euro an die Firma eines Parteifreunds vergeben hatte (Focus, 14.12.2021).

Im Frühjahr vergangenen Jahres sollte Dressel im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung der Frage aussagen, warum Hamburger Senat und städt. Steuerbehörde bereit waren, mit Blick auf die betrügerischen „Cum-Ex“-Geschäfte Millionen Euro an Steuerbeträgen verjähren zu lassen und ob Einflussnahme zuungunsten der Hamburger\*innen vorliegen würde. Aufgrund eines Unfalls kam es allerdings nicht zur Befragung.

Dressels Vergütung als Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg: 203.988 Euro brutto (2021).

Als Mitglied des KfW-Verwaltungsrats: 5.100 € (2022); für die drei abgehaltenen Sitzungen wurde (wenn angefordert) ein Tagegeld von 200 Euro pro Sitzungstag gezahlt, entstandene Reisekosten sowie anfallende Umsatzsteuer wurden erstattet.

Als Verwaltungsratsmitglied der Hamburgischen Investitions- und Förderbank: 2.500 € (2022)



## Wir trauern um unseren geschätzten Kollegen Jörg Mährle, DGB-Regionsgeschäftsführer Köln-Bonn und langjähriges GEW-Mitglied, der am 29.8.2023 unerwartet nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Sein Tod hinterlässt eine Lücke, die nicht zu schließen ist.

Wir haben als GEW Köln immer eng und vertrauensvoll mit ihm zusammengearbeitet. Er war eine Seele von Mensch, immer hilfsbereit, jederzeit ansprechbar und immer ganz klar auf der Seite der Arbeitnehmer:innen. Mit seiner besonnenen Art hat er viel dazu beigetragen, dass der DGB in Köln/Bonn eine so gute Arbeit machen konnte und als einflussreicher Player in der Region Köln/Bonn wahrgenommen wurde. Es war ihm immer wichtig zusammenzuführen – gute, wertschätzende und gleichzeitig klare Kommunikation waren seine große Stärke.

Mit Jörg geht ein wunderbarer Kollege, Mensch und Freund.

Wir sind schockiert und zutiefst traurig über diesen schmerzlichen Verlust und können es noch gar nicht fassen, dass Jörg nie wieder zurückkommen wird.

Wir wünschten uns so sehr, du kämst wie sonst immer mal kurz runter in unsere Geschäftsstelle – „Habt ihr mal ne Minute?“ – um etwas zu besprechen. Dein motiviertes „DGB Köln/Bonn, Jörg Mährle“, wenn man dich angerufen hat, das selbst in Stressphasen nie genervt klang, sondern immer gespannt auf das, was man dir gleich sagen würde, werden wir nie wieder hören. Deine Ratschläge, deine kritischen Fragen, die den Finger immer an den wunden Punkt gelegt haben, aber nicht um zu meckern, sondern um Dinge noch besser zu machen, dein Humor, deine Herzlichkeit – all das wird uns fehlen. Jörg, du fehlst schon jetzt...

Deine GEW Köln

# BUNDESWEITER BILDUNGSPROTESTTAG

## WIR FORDERN

gemeinsam von den politischen Entscheidungsträger\*innen  
in Bund und Ländern

BILDUNGSWENDE  
JETZT!

1

### Kita & Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV machen

Es ist höchste Zeit für sozial- und klimagerechte Bildung, die von allen Kindern & Schüler\*innen mitgestaltet wird!

2

### AUSBILDUNGSOFFENSIVE für pädagogisches Personal

Bis 2035 fehlen 160.000 Lehrer\*innen. Und schon jetzt hunderttausende Kitaplätze und über 300.000 Erzieher\*innen für eine gute Betreuung.

3

### 100 Mrd. € SONDERVERMÖGEN BILDUNG und dauerhaft 10% des BIP für Bildung & Forschung

50.000 junge Menschen verlassen die Schule jedes Jahr ohne Abschluss.

4

### Echter BILDUNGSGIPFEL AUF AUGENHÖHE

Wer die Bildungskrise lösen will, muss die Leute beteiligen, die tagtäglich mit Kita und Schule in Berührung sind.

Werde mit uns aktiv!

23.09.2023

NRW-zentraler Protesttag in Köln

Demo 13h00 Heumarkt

Kundgebung 15h00 Heumarkt

Tritt deiner Bundesland-Gruppe bei!



#BILDUNGSWENDE #BILDUNGSPROTEST2023

nrw@bildungswende-jetzt.de  
www.bildungswende-jetzt.de



## Bundesweiter Protesttag: Bildungswende Jetzt!

Am 23. September geht es zum Heumarkt. Das bundesweite Bündnis „Bildungswende Jetzt!“ organisiert von dort aus eine große Demonstration und anschließendes Bühnenprogramm mit einem Markt der Möglichkeiten. // **Eva Caspers, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

**A**ngesichts des massiven bundesweiten Lehrkräfte- und Erzieher:innenmangels formte sich zu Anfang Juni aus „Schule muss anders“, den „Teachers for future“, sowie der Elterninitiative „ARGE SEB (Arbeitsgemeinschaft der Schulelternbeiräte)“ das neue Bündnis „Bildungswende Jetzt!“.

Schaut man aktuell auf die Seite des Schulministeriums in NRW, fehlen rund 6.700 Lehrkräfte, allein in Köln sind es um die 900. Ebenso steigen die Zahlen derer, die deutlich vor dem Ruhestand kündigen, dazu berichteten wir bereits ausführlich. Der Personalmangel führt zu Unterrichtsausfall und es ist vor allem nach Corona gar nicht so richtig an ein „Aufholen“ zu denken.

Gleichzeitig erhob die Bertelsmann-Stiftung 2022, dass bundesweit 384.000 Kitaplätze fehlten und auch hier ist eine der Hauptursachen der massive Personalmangel.

Es ist also nicht verwunderlich, dass „Bildungswende Jetzt!“ von einer Bildungskrise spricht. Das Bündnis aus Schüler\*innen, Lehrkräften, Erzieher\*innen und Eltern erstellte daher einen Appell und eine Unterschriftensammlung, die momentan schon weite Kreise ziehen.

**Den Appell kann man hier nachlesen und unterschreiben:**



Die GEW unterstützt das Bündnis als Erstunterzeichnerin des Appells bundesweit seit dem 1.6.2023, genauso wie viele andere Organisationen: z.B. auch der DGB, Landesschüler:innenvertretungen, Fridays for Future, Greenpeace, Verband für Kitafachkräfte e.V., aber auch Elternverbände wie z.B. BEVKI, der Bundeselternrat, BBT oder die Föderation der Türkischen Elternvereine. Nach einigen Bündnistreffen hatte sich dann für NRW herauskristallisiert, dass Köln sich als Austragungsort des landesweiten Protesttags anbietet.

In Köln sind nennenswerte Akteur\*innen auch Mittendrin e.V., „Die Abgelehnten“, etc.

**Protesttag am 23. September in Köln**

Bundesweit wollen Menschen aus dem Bildungssystem zusammenkommen, um dem Appell Nachdruck zu verleihen. In den einzelnen Bundesländern sieht das jeweils etwas unterschiedlich aus. Bei uns in Köln wird es ab 13h am Heumarkt zunächst eine Demo durch die Innenstadt geben, zu der auch Familien mit Kindern herzlich eingeladen sind. Der Demoweg wird u.a. auch am Hauptbahnhof entlanggehen, sodass Nachzügler\*innen dort hinzukommen können.

Um 15h startet dann wieder auf dem Heumarkt ein informatives und unterhaltsames Programm, bei dem die einzelnen Forderungen des Appells aus den unterschiedlichen Perspektiven diskutiert werden. Außerdem spielen Bands, z.B. die Schüler\*innenband „Batahlo“ aus Duisburg, und „Der Netzlehrer“ Bob Blume wird die Bildungskrise kommentieren. Um die Bühne herum wird ein bunter Markt der Möglichkeiten aufgestellt, auf dem man sich weiter austauschen, informieren oder schlicht inspirieren lassen kann.

Die GEW ist dabei zentrales Organisationsmitglied und beteiligt sich federführend vom Stadtverband aus daran, den Protesttag vielseitig und vor allem vielfältig zu realisieren.

**Wofür gehen wir auf die Straße?**

**Die einzelnen Forderungen lauten:**

**1) SONDERVERMÖGEN Bildung und ausreichende Finanzierung [für Bildungseinrichtungen, Anm. EC]**

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie schnell undenkbar Summen bereitgestellt werden können, wenn es nötig ist. Versprochen wurde auf dem Dresdener Bildungsgipfel 2008 die Investition von 10% des BIPs in Bildung – davon sind wir weit entfernt und angesichts der aktuellen Inflation ist es auch fragwürdig, ob diese 10% überhaupt noch reichen würden.

Fakt ist: Bildung ist ein wirksames Mittel gegen Kriege und auch zur Bekämpfung der Klimakrise – mehr Gelder in Wissenschaft und Forschung wären da z.B. sinnvoll. Daher muss die Zeit des Löcher-notdürftig-Flickens vorbei sein und wirklich Geld in die Hand genommen werden um Innovationen und Fortschritt anzuregen. Schulen müssen nach neuen pädagogischen Konzepten gebaut werden und nicht nur saniert, wenn die Dächer einstürzen.

Und vor allem braucht es weitaus mehr Personal, das für die verantwortungsvollen und vielfältigen Aufgaben angemessen bezahlt wird!

**2) AUSBILDUNGSOFFENSIVE für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen**

Höhere Löhne sind für einen Teil der Beschäftigten im Bildungssystem gar nicht unbedingt das Lockmittel, sondern vor allem auch bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen.

Die erste Möglichkeit, das zu tun, wäre schlicht, mehr Personal einzustellen. Daher wird unter diesem Punkt zum Beispiel

ein Staatsvertrag gefordert, bei dem sich die Länder dazu verpflichten, mehr Personal auszubilden. Dazu braucht es wiederum praxisorientiertere und zeitgemäßere Studien- und Ausbildungsbedingungen. Hier sieht man am besten, wie stark verwoben die Missstände im Bildungssystem sind.

### 3) Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV machen

Schule soll die Zukunftschancen aller Kinder verbessern. Dazu müssen einerseits die Zukunftschancen als solche verbessert werden und gleichzeitig die Inklusion und Teilhabemöglichkeiten der Kinder erhöht werden.

Dieser Punkt ist sehr facettenreich, denn er betrifft die Schulentwicklung auf unterschiedlichste Weise.

Bildung für nachhaltige Entwicklung muss fester Bestandteil der Lehrpläne werden. Außerdem erfordert es, dass multiprofessionelle Teams konsequent auf- und ausgebaut werden. Letztlich müsste das gesamte Selbstverständnis von Schule hinsichtlich Schüler:innenorientierung und diskriminierungskritisch auf den Prüfstand:

Was brauchen die Kinder als Erwachsene von morgen? Wie kommen sie alle dort hin? Und sind schulische „Selbstverständlichkeiten“ wie z.B. die Leistungsbewertung dazu noch hilfreich? Was müsste sich ändern?

### 4) echter BILDUNGSGIPFEL auf Augenhöhe

Zuletzt: Der Ort, an dem diese Novelierungen gedacht und angepackt werden sollten, müsste ein echter bundesweiter Bildungsgipfel sein.

Der Bildungsgipfel, der dieses Jahr im März stattfand, wurde bis auf zwei Ausnahmen nicht einmal von den zuständigen Kultusminister\*innen besucht. Damit verdient er nicht einmal den Namen „Bildungsgipfel“. Es ist eher eine Verhöhnung und ist an sich kaum zu entschuldigen. Man stelle sich vor, es wäre Lehrer\*innenkonferenz und wir würden einfach nicht hingehen. Da es aber so geschehen ist, scheint die Forderung nach einem wahrhaftigen Bildungsgipfel nötig. Und der muss in der Prioritätenliste nach ganz oben für die Bundesregierung. Der Bundeskanzler soll mit Regierungschef\*innen, Kultusminister\*innen, Vertreter\*innen aus der Zivilgesellschaft und Bildungsexpert\*innen gemeinsam über neue Ausrichtungen und Wege beraten.

### Fazit

Diese Forderungen sind wie gesagt alle nicht neu. Und als Gewerkschaft ist es für uns schwer zu akzeptieren, dass wir dafür immer noch und wieder demonstrieren müssen. Aber dieses Bündnis ist so breit aufgestellt, dass wir sehr motiviert sind, den 23.9. für die Bildungslandschaft in Köln, NRW, aber auch ganz Deutschland groß zu machen.

Bildung IST mehr wert! Und das ist nicht nur ein schönes Motto für Gewerkschaftstage, es ist vor allem auch eine Erkenntnis, hinter die wir nicht weiter zurückgehen können. Angesichts all der Krisen, Kriege, Klimawandel, aber auch der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland durch das Erstarken der populistischen Rechten:

Worauf sollen wir denn sonst setzen als auf Bildung?

Es ist einfach fünf nach 12, um diese Erkenntnis mit angemessenen Ressourcen auszustatten. Plant den Samstag daher ein –

malt mit euren Kids ein schönes Plakat, ladet die Oma ein und geht mit uns geschlossen zur Demo! Diskutiert beim Markt der Möglichkeiten oder stellt die Fragen, die ihr sonst nicht beantwortet bekommt. Unterschreibt den Appell und lasst eure Kinder dann noch eine Runde auf die Hüpfburg.

In 50 Jahren wissen sie, dass wir alle zusammen auf dem Heumarkt standen und nicht müde wurden, immer wieder für das einzutreten, was wir wissen:

Dass wir nur einen Planeten haben, dass wir darauf friedlich und glücklich zusammenleben können und Bildung der Schlüssel dafür ist, das zu realisieren.

Wir freuen uns sehr auf euch!



## Zeichen setzen gegen Rechts – die GEW beim Edelweißpiratenfestival

In diesem Jahr war die GEW erstmals mit einem Infostand auf dem Edelweißpiratenfestival vertreten. // **Eva Caspers, Mitglied des GFV und der „forum“-Redaktion sowie Sprecherin der FG Gesamtschule**

Dazu bauten wir sonntags, am 18.6.2023, unseren kleinen Stand im Friedenspark auf. Das Festival kannten wir schon von privaten Besuchen, und es gibt dort immer auch einige Informationsstände.

Dieses Jahr dachten wir uns im Geschäftsführenden Vorstand, dass wir dort auch teilnehmen wollen. Also fragten wir kurzerhand bei der Veranstaltungsleitung an und wurden herzlich willkommen geheißen.

Ziel unserer Teilnahme war es, als Gewerkschaft den klaren Standpunkt gegen Rechts und für eine vielfältige, weltoffene Kulturlandschaft zu unterstützen. Außerdem wussten wir, dass viele unserer Mitglieder das Festival besuchen und wir wollen sie – euch – in der Auseinandersetzung einfach nicht mehr allein lassen. Wir glauben, es ist dringend nötig, dass wir uns in dem Bereich wieder besser organisieren und die Reihen schließen.

Also stellten wir in der Geschäftsstelle Material zusammen, das sich explizit mit Themen wie Rechtsextremismus und Rassismus befasst und brachten es mit in den Friedenspark.

Der Nachmittag war dann für uns eine runde Sache: Der Stand wurde insbesondere von Freund\*innen gut besucht und lud auch viele neue Gesichter zum Verweilen und Schmökern ein. In unserem „forum“ finden sich durchaus einige Artikel, die auch Nicht-Mitglieder ansprachen, sodass sich über den Tag gute Gespräche und Austausch ergaben.

Tatsächlich fielen die Reaktionen unserer Mitglieder oft so aus, wie wir es uns gewünscht hatten – sie freuten sich, ihre GEW-Gewerkschaft als Teil des Edelweißpiratenfestivals anzutreffen.

Dem einen oder anderen konnten wir außerdem bei Fragen zu anderen gewerkschaftlichen Themen weiterhelfen, nur eine Sache wussten wir nicht: Wieso waren wir eigentlich als einzige Gewerkschaft dort?

Das wird sich bestimmt bald ändern. Immerhin wird es wöchentlicher, wie wichtig der Kampf gegen Rechts inzwischen wieder ist.

Wir jedenfalls werden nächstes Jahr weiter dabei sein und uns auch andere Wege suchen, als Bildungsgewerkschaft für friedliches und demokratisches Miteinander einzutreten! Falls ihr hier Wünsche und Anregungen habt, lasst es uns gerne wissen!



GEW-Köln mit Infostand bei Edelweißpiratenfestival 2023



Wir freuen uns schon aufs nächste Jahr!

Das Edelweißpiratenfestival findet seit 2005 im Friedenspark des Kölner Südens statt. Es soll an die jungen Menschen erinnern, die in der NS-Zeit auf vielfältige Arten Widerstand gegen die Diktatur geleistet haben. Diese Bewegung

entstand damals vor allem aus der Bündischen Jugend und richtete sich häufig gegen die Hitlerjugend. In Köln wurden vor allem die Ehrenfelder Edelweißpiraten bekannt und die Stadt gilt auch als ein Zentrum der Bewegung, doch es gab auch in anderen Städten Gruppierungen. Das Edelweißpiratenfestival wird vom Edelweißpiratenclub e.V. organisiert, der über das Jahr verteilt auch andere Veranstaltungen anbietet. Wer hier auf dem Laufenden gehalten werden möchte, kann sich unter [info@edelweisspiratenfestival.de](mailto:info@edelweisspiratenfestival.de) für einen Newsletter anmelden.

## „Holweide war mein Nest aktiver Gewerkschafter\*innen“

1973, vor genau 50 Jahren, kam Hassan Taşkale aus der Türkei nach Deutschland. Mittlerweile als Rentner gestaltet er die Arbeit der Kölner GEW weiterhin aktiv mit: im LEMK (Ausschuss Lehren und Erziehen zur Mehrsprachigkeit in Köln) und im Erweiterten Vorstand des Kölner Stadtverbands. 50 Jahre Leben in Deutschland nehmen wir uns zum Anlass, um mit ihm über seine Erfahrungen zu sprechen, von denen wir nur profitieren können. Die Fragen stellte // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

**forum:** Lieber Hassan, kannst du dich noch an deine Gefühle erinnern, die du hattest, als du 1973 nach Deutschland gekommen bist? Was waren deine Beweggründe? Ist der Abschied dir schwergefallen?

**HT:** Damals war ich sehr aufgeregt und unsicher, weil ich keine gesicherte Garantie hatte in Deutschland zu bleiben. Ich bin als Gast von einem Freund eingeladen worden, der bereits hier lebte und arbeitete. Zwecks eines Aufbaustudiums bin ich in Deutschland gelandet. Ich musste erst Deutsch lernen und mich an einer Universität anmelden. Nach einem Jahr bin ich in Köln gelandet und habe mich an der Uni Köln angemeldet. Ich dachte, ich könnte mein Studium abschließen und anschließend zurückkehren. Dieser Wunsch hat sich nicht realisiert bzw. erfüllt!

In der Türkei zu bleiben, nach der damaligen politischen Situation, keine Chance eine Arbeit zu finden. Dann dachte ich, gehe ich lieber ins Ausland und studiere weiter. Die Entscheidung war nicht einfach gewesen! Deutschland kam mir wie ein Wunderland vor! Aber ich war kein Prinz, dem sich alle Türen öffnen, wenn er nur sagen würde „Sesam öffne dich!“. So war es leider nicht!

Stell dir mal vor, du kommst in ein Land aber du verstehst kein einziges Wort Deutsch. Praktisch bist du sprachlos und auf die fremde Hilfe angewiesen!

**forum:** Was waren deine ersten Eindrücke und welche Stationen lagen vor deiner neuen Heimat hier in Köln?

**HT:** Wie gerade oben erwähnt, war die erste Hürde, die ich nehmen musste, die deutsche Sprache! Sprachkurse beim Goethe-Institut in Boppard, Grundstufe erreicht. Dann kam ich nach Köln, um mich an der Uni zu immatrikulieren. Nach meiner Aufnahme musste ich die Mittelstufe Deutsch abschließen, was ich auch erreicht habe. Es dauerte eine Weile, bis ich mich in Köln eingelebt hatte. Ich hatte ein Zimmer im Uni-Center über dem AStA bekommen. Von dort fing ich an Köln zu erkunden.

**forum:** Hast du Unterstützung bekommen oder auch Negatives erlebt?

**HT:** Gewiss habe ich Unterstützung erfahren. Meine Unterhaltungskosten wurden von meinem Bekannten übernommen. Da ich finanzielle Probleme bekam, musste ich lei-



**Das war im Mai 1977!  
Da wir keine Wohnung  
fanden, mussten wir  
drei Monate lang bei einem  
Landsmann unterkommen.  
Kaum zu glauben, dass eine  
wildfremde Familie uns  
aufgenommen hat, als wären  
wir Verwandte! Das kann ich  
nie vergessen!**

**Während dieser Zeit haben wir den „Tag der Muttersprachen“ organisiert, wo wir Referent\*innen zu bestimmten AGs eingeladen haben. Dadurch hatten wir die Möglichkeit gehabt, die HSU-Lehrkräfte direkt anzusprechen und sie in die Gewerkschaftsarbeit einzubinden.**

der mein Studium aufgeben! Hier zu bleiben war nicht einfach, weil die gesetzliche Lage das nicht erlaubte. Die Ausländerbehörde war sehr streng gewesen: Entweder musste ich zurückkehren oder den Antrag auf Asyl stellen! Damit hatte ich nicht gerechnet. Da meine Frau auch inzwischen hier war, mussten wir eine Arbeit finden, aber wie? Endlich hatten wir Glück, nachdem wir nach Bergisch Gladbach umgezogen waren. Dort hat das Arbeitsamt meiner Frau bei der Firma Zanders eine Arbeitserlaubnis erteilt. Das war im Mai 1977! Da wir keine Wohnung fanden, mussten wir drei Monate lang bei einem Landsmann unterkommen. Kaum zu glauben, dass eine wildfremde Familie uns aufgenommen hat, als wären wir Verwandte! Das kann ich nie vergessen!

**forum: Bei mir hat es nach meinem Umzug von der Provinz nach Köln nicht lange gedauert, da erzählte man mir von dem Streik bei Ford 1973 (und vor allem von der rassistischen Berichterstattung über denselben). Es war genau das Jahr, in dem du von der Türkei nach Deutschland umgezogen bist. Was hast du damals davon mitbekommen?**

**HT:** Ich war ja, wie bereits gesagt, im selben Jahr nach Deutschland gekommen. Der Streik bei den Ford-Werken war in aller Munde. Ich konnte nur begrenzt die Informationen darüber bekommen, denn mein Deutsch reichte nicht aus, um deutsche Presse lesen zu können. Was ich aus der damaligen türkischen Presse mitbekam, war alles. Wenn ich mich recht erinnere, war ein türkischer Ford-Arbeiter namens Bahadır als

Anführer aus dem Streik hervorgegangen. Er musste später in die Türkei zurückkehren!

**forum: Wann und warum hast du angefangen dich gewerkschaftlich zu organisieren?**

**HT:** Lehrerstelle in Bonn über die Bezirksregierung erhalten. Es war die GHS Am Hofgarten. Diese Schule suchte eine Lehrkraft für Türkisch. Dort bin ich mit GEW-Kolleg\*innen in Kontakt getreten. Nach einem Jahr dort bin ich auf die Gesamtschule Holweide aufmerksam geworden. Frau Dr. Anne Ratzki hatte vor, ein Integrationsmodell mit türkischen Kindern zu starten. Ich habe mich für diese Idee begeistert und binnen kurzer Zeit bin ich bei Frau Ratzki vorgestellt geworden. Zum Schuljahr 1979/-80 wurde mein Versetzungsantrag nach Köln positiv beschieden und habe mit dem Holweider Modell das Terrain der Gesamtschule betreten. Dort bin ich im Nest der aktiven Gewerkschafter\*innen gelandet. Wenn ich mich recht erinnere, bin ich seit 1978 Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Die politische Situation war nach dem dritten Militärputsch in der Türkei am 12. September des Jahres noch unerträglich geworden. Die internationale Solidarität war Gebot der Stunde.

Zu meinen Aufgaben bzw. Verantwortungsbereichen in der GEW sei ergänzt, dass ich ab 1985 im Stadtverband stellvertretender Vorsitzender und gleichzeitig im AK LEMK aktiv gewesen bin. Später, so ab 2002, bin ich Mitglied im Bezirkspersonalrat der Gesamtschulen gewesen. Das dauerte bis 2012. Auf Landesebene war ich auch

immer dabei, wo wir als Kölner Kerngruppe den LAMP (seit 2016: LAMDA) gegründet haben. Ich war dann über zwei Wahlperioden (2011-2016) im Leitungsteam und damit auch Mitglied im Landesvorstand gewesen. Während dieser Zeit haben wir den „Tag der Muttersprachen“ organisiert, wo wir Referent\*innen zu bestimmten AGs eingeladen haben. Dadurch hatten wir die Möglichkeit gehabt, die HSU-Lehrkräfte direkt anzusprechen und sie in die Gewerkschaftsarbeit einzubinden.

In meiner Schule, der GE Holweide, war ich dafür, dass wir eine Betriebsgruppe der GEW bilden, was uns auch viele neue Mitglieder beschert hat. Während meiner Dienstzeit war ich auch im LR gewesen.

**forum: In einer Pressemitteilung der Kölner GEW anlässlich des „Internationalen Tags der Muttersprachen“ (21. Februar) wirst du mit der Position zitiert, dass „herkunftssprachlicher Unterricht [...] keine nette Zugabe, sondern wesentlicher Bestandteil von Persönlichkeitsbildung und Identität migrantischer Schüler\*innen [ist]. Dem sollte endlich Rechnung getragen werden, indem HSU-Angebote attraktiver gemacht werden“. Warum ist der Herkunftssprachliche Unterricht (HSU) für dich so wichtig und woran fehlt es aus deiner Sicht immer noch?**

**HT:** Das hat mehrere Facetten: Erstens ist es wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Muttersprache bei der Persönlichkeitsbildung ein wichtiger Faktor ist! Wenn wir etwa die siebziger und achtziger Jahre vor Auge halten, waren die Kinder von

Arbeitsmigrant\*innen schulisch sehr benachteiligt! Erst durch gemeinsamen Unterricht haben die Kinder die Chance erhalten, gleiche Abschlüsse zu erreichen. Wir wissen, dass 80 Prozent bis 90 Prozent der Migrantenkinder entweder von Sonderschulen (damals) oder Hauptschulen betreut wurden.

Zweitens: Über die Muttersprache (Erstsprache) kann man leichter eine weitere Sprache lernen. Dies zeigen die Erhebungen der letzten Jahre über die erreichten Abschlüsse der Kinder mit Migrationshintergrund. Ich kann dutzende Beispiele von nicht-deutschen Schüler\*innen aus meiner Schule geben, die beste Abiturnoten erreicht haben.

Ein weiterer Grund für das Erlernen der Muttersprache wäre für mich im Rahmen der Mehrsprachigkeit in Europa zu finden. Die Kinder wachsen ganz einfach mehrsprachig auf, mit ihrer Familiensprache und der Amtssprache. Warum sollten diese Ressourcen nicht richtig ausgebaut und benutzt werden. Die internationale Beziehungen fordern von der Bildung verstärkt das ein!

**forum: Hat es auch etwas mit Identität zu tun, wenn 67 Prozent der wahlberechtigten türkischstämmigen Menschen in Deutschland vor vier Monaten für den rechts-konservativen Amtsinhaber gestimmt haben?**

**HT:** Du hast mit deiner Frage einen wunden Punkt getroffen! Leider hat es sich so entwickelt, wie wir es uns, ehrlich gesagt, kaum vorgestellt haben! Das hat eher mit der Einflussnahme der türkischen Politik, besonders seit der islamistischen AKP-Regierung zu tun. Die Türkei hat inzwischen die Auslands-Türk\*innen als eine Goldgrube in jeglicher Hinsicht erkannt! Durch ihre Netzwerke, die Moschee-Gemeinden und sonstige Strukturen hat sich eine gewaltige Herausforderung für die deutsche Gesellschaft gebildet! Die Entwicklung dieser Politik ist weiterhin spannend zu verfolgen!

Ein Blick in die Statistik verrät, dass in Deutschland zwar fast drei Millionen Menschen mit türkischem Hintergrund leben, von denen aber nur knapp die Hälfte die doppelte Staatsangehörigkeit besitzt und somit bei Wahlen in der Türkei überhaupt stimmberechtigt ist. Nach Angaben der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu haben sich nur etwas mehr als 700.000 dieser Berechtigten ins Wahlregister eintragen lassen, von denen dann 67 Prozent (sprich: 500.000 Personen bzw. ein Drittel der Wahlberechtigten) für den bisherigen Präsidenten gestimmt haben.

**forum: Was ist aus deiner Sicht (gerade für uns Gewerkschafter\*innen!) zu tun, wenn man sich ansieht, wie die AfD immer stärker und die CDU immer offener für sie wird?**

**HT:** Die Gründe hierfür muss man bei der Wiedervereinigung suchen. Jahrelang wurde der Osten als Stiefkind behandelt. Die „Wessis“ haben die Menschen im Osten bevormundet! Diese Benachteiligung hat viele Menschen in den Ost-Bundesländern nachdenklich gemacht und sie zu neuen Wegen und „Alternativen“ geleitet! Wir West-Deutsche haben über dreißig Jahre lang immer den Oberlehrer gespielt. Die Errungenschaften der Ost-Deutschen wurden zu Nichte gemacht! Das war keine Gleichberechtigung, würde ich sagen!

**forum: Und die GEW? - Was gibst du uns mit auf den Weg?**

**HT:** Eine schwierige Frage! Nicht nur die Gesellschaft, und mit ihr hat auch die Landschaft der Gewerkschaften diese Änderungen/Umwälzungen durchgemacht. Die GEW ist eine andere geworden als sie früher war. Die GEW ist neben anderen Gewerkschaften eine Dienstleistungsorganisation geworden. In meiner Gewerkschaft sehe ich mich inzwischen überholt und ausrangiert! Wir haben in unserem Ausschuss LEMK zurzeit ein Nachwuchsproblem! Wir kämpfen ums Überleben, ob es uns gelingt, bleibt abzuwarten.

**forum: Zum Abschluss gestatte mir noch die Frage, warum du auch als Rentner die Streiks bei der TV-L-Tarifrunde im Herbst unterstützen wirst. Dass du das tun wirst, davon bin ich überzeugt!**

**HT:** Das Wort Rentner bedeutet in meiner Muttersprache: „Der Zuhause sitzende“! Selbstverständlich werde ich die Aktion im Herbst mit Herz und Seele unterstützen, das ist keine Frage! Es kommt nur darauf an, was ihr von mir erwartet? Als Rentner gehe ich dabei sowieso leer aus. Ich solidarisiere mich mit euch, nicht umgekehrt! Denn die GEW muss auch etwas für uns tun. Das wünsche ich mir!

**forum: Lieber Hassan, vielen, herzlichen Dank für die Einblicke und Einschätzungen, die du uns gewährst. Wir freuen uns auf die nächsten Jahre der hoffentlich von Erfolg gekrönten Zusammenarbeit. In diesem Sinne: Jin, Jiyan, Azadi! Frau, Leben, Freiheit!**

**Die GEW ist neben anderen Gewerkschaften eine Dienstleistungsorganisation geworden. In meiner Gewerkschaft sehe ich mich inzwischen überholt und ausrangiert! Wir haben in unserem Ausschuss LEMK zurzeit ein Nachwuchsproblem! Wir kämpfen ums Überleben, ob es uns gelingt, bleibt abzuwarten.**



## // Geschäftsstelle //

An Frau Oberbürgermeisterin

Henriette Reker

Historisches Rathaus

50667 Köln

**Betreff: Schüler:innen-Deutschlandticket für alle Kölner Schüler:innen**

Sehr geehrte Frau Reker,

Köln, den 4.8.2023

Mit großem Bedauern und Unverständnis haben wir heute der Berichterstattung entnommen, dass die Stadt Köln zu Beginn des neuen Schuljahres den Kölner Schüler:innen kein sogenanntes „Schüler:innen-Deutschlandticket“ zur Verfügung stellen wird. Dabei hatte das Land NRW Anfang Juni extra rechtzeitig vorab allen Schulträgern explizit die Möglichkeit eingeräumt, ihren Schüler:innen ein solches Ticket zur Verfügung zu stellen. Zahlreiche Kommunen in NRW, auch rund um Köln, sowie einige Kölner Privatschulen haben daraufhin sofort Finanzierungsmodelle geprüft und im Eilverfahren entsprechende Beschlüsse gefasst, so dass die Schüler:innen nun pünktlich zu Schuljahresbeginn von vergünstigter Mobilität profitieren können.

Als „kinderfreundliche Kommune“, wie sich die Stadt Köln seit 2018 nennen darf, ist es ein Armutszeugnis, dass ausgerechnet unsere Stadt als Schulträger bei einer für die Schüler:innen so wichtigen Entscheidung hinterher hinkt und nicht ebenso zeitnah die Einführung eines solchen Tickets beschlossen hat. Die enttäuschten Reaktionen der Schüler:innen, die man der Presse entnehmen konnte, sprechen Bände. Stattdessen wurden die Gebühren für das bisherige Schüler:innenticket von bisher 23,50€ auf 25,30€ angehoben, was wir scharf kritisieren. Angesichts der dringend nötigen Verkehrswende wäre es mehr als angebracht, unserem Nachwuchs günstiges Reisen im Nahverkehr zu ermöglichen, und das bundesweit. Ebenso sollten *alle* Schüler:innen an städtischen Schulen mit diesem Angebot bedacht werden und nicht nur alle „ab Sekundarstufe I“, wie die Stadt laut Presseberichten zurzeit prüft.

**In diesem Sinne möchten wir die Kölner Schüler:innen mit Nachdruck in ihrem Wunsch unterstützen und fordern Sie auf, schnellstmöglich ein Schüler:innen-Deutschlandticket für alle Schüler:innen in Köln zu ermöglichen. Unsere Kinder sollten es uns wert sein!**

Herzliche GEWERKSCHAFTLICHE Grüße

Eva-Maria Zimmermann

(Geschäftsführerin GEW Köln)



## Machtaufbau in Tarifverhandlungen: Buchvorstellung & Podiumsdiskussion

Unsere Schwestergewerkschaft ver.di lädt zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer Veranstaltung mit Jane McAlevey ein. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Im Einladungstext zu der Veranstaltung heißt es: „Die Art und Weise wie Gewerkschaften Tarifverträge verhandeln, ist eine strategische Frage, die insbesondere in den letzten Jahren eine Auseinandersetzung mit den Organizing-Methoden der US-amerikanischen Gewerkschaften angestoßen hat und die Diskussion und Praxis der Gewerkschaften in Deutschland belebt.“

Jane McAlevey, US-amerikanische Organizerin, Autorin und Wissenschaftlerin, gilt als die Expertin für gewerkschaftliche Strategien. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist sie als Organizerin und Verhandlungsführerin in der Gewerkschaftsbewegung aktiv. In ihrem Buch „Rules to win by“ wirft sie einen neuen Blick auf die Gewerkschaftsarbeit und setzt auf offene und demokratische Verhandlungen, die darauf abzielen, möglichst viele Beschäftigte einzubeziehen. Im Mittelpunkt von McAleveys Botschaft steht die Notwendigkeit Verhandlungen zu öffnen – das führe zu einer dynamischeren und inklusiven Gewerkschaft, was letztlich zu stärkeren Tarifverträgen, einer höheren Beteiligung an Streiks und einem höheren Organisationsgrad führt.

Anhand von Fallbeispielen wie das der Berliner Krankenhausbewegung, verdeutlicht das Buch, wie offene Verhandlungen skeptische Arbeitnehmer\*innen zu aktiven Gewerkschafter\*innen machen können. Auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat es bereits Versuche gegeben, Tarifverhandlungen partizipativ und offen zu gestalten, wie beispielsweise am privatisierten Uniklinikum Gießen-Marburg.



Da der ursprüngliche Termin verschoben werden musste, findet sich der neue Termin bald unter: <https://www.verdi.de/themen/nachrichten/+co++57a3d3d6-1be0-11ee-9439-001a4a16012a>

### Einladung zur Buchvorstellung von Jane McAleveys „Machtaufbau in Tarifverhandlungen“

In einer spannenden Online-Veranstaltung von ver.di (Projekt Zukunft der Mitglieder-gewinnung) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird Jane McAlevey (genaues Datum wird noch mitgeteilt) ihr Buch vorstellen und gemeinsam mit Gewerkschafter\*innen aus Berlin und Gießen-Marburg Erfahrungen und Modelle offener Tarifverhandlungen diskutieren.“

Um Anmeldung wir gebeten unter:  
<https://survey.lamapoll.de/machtaufbau-in-tarifverhandlungen>

## Machtaufbau durch Organizing

„Keine halben Sachen“ heißt das Buch von Jane McAlevey, das der VSA-Verlag 2019 herausgegeben hat. Eine Buchbesprechung durch // **Angela Bankert, GEW-Mitglied**

**U**nter Gewerkschaftsaktivisten ist Organizing ein wichtiger Ansatz, gewerkschaftliche Stärke wiederzugewinnen, sei es in Form von Organizing-Projekten bei „weißen Flecken“ oder auch durch Nutzung von Organizing-Elementen bei der Ausbildung von Gewerkschaftssekretär\*innen. Jane McAlevey unterzieht die klassischen Organizing-Ansätze einer kritischen Würdigung und stellt ihr weitergehendes Konzept des „Deep Organizings“ vor.

McAlevey war mehrere Jahre als Community-Organizerin für eine Umweltorganisation tätig und 15 Jahre in führender Position bei verschiedenen Organizing-Kampagnen des US-Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO und der Gewerkschaft SEIU im Gesundheitsbereich. Seit einigen Jahren wertet sie die Organizing-Erfahrungen wissenschaftlich aus.

Die bisherigen Ansätze des Organizing charakterisiert sie eher als „Mobilizing“. Externe hauptamtliche Organizer\*innen spielen eine zentrale Rolle, oftmals werden sie nach einer bestimmten Zeit abgezogen; die Erfolge sind häufig nicht nachhaltig. Je nach Ausrichtung der beauftragenden Gewerkschaftsgliederung steht die Mitgliederwerbung im Fokus. Kampfstrategien gegen das Unternehmen werden extern entwickelt.

### Die Beschäftigten in den Mittelpunkt stellen

„Deep Organizing“ soll dazu führen, dass die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen und dabei unterstützt werden, die Durchsetzung ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Denn, so McAlevey: „Beschäftigte sind die wichtigste Kraft ihrer eigenen Befreiung. Es geht darum, eine ständig wachsende Zahl normaler Beschäftigter nachhaltig zu

aktivieren, indem sie nicht nur als Fußtruppen bei Protestaktionen und Streiks, sondern schon bei der Analyse und Strategieentwicklung einbezogen werden“.

Das Konzept setzt darauf, dass nur Streiks spürbare Erfolge bringen, die von der überwältigenden Mehrheit der Beschäftigten getragen werden. 90 Prozent Streikbeteiligung sei anzustreben. In den USA besteht die Notwendigkeit dazu allein schon aufgrund der strikten Arbeitsgesetze, die erst dann eine gewerkschaftliche Vertretung zulassen, wenn die Mehrheit eines Betriebes sich dazu bekennt. Aber auch unabhängig davon dürfte einsichtig sein, dass Mehrheitsstreiks wirkungsmächtiger sind als Nadelstich-Streiks kleiner Gruppen im Betrieb: „Streiks sind für die Wiederherstellung der Macht der Arbeiterklasse zentral, nicht nur weil sie verbesserte Arbeitsbedingungen erzwingen können, sondern weil sie den Beschäftigten auch eine Erfahrung ihrer kollektiven Stärke ermöglichen“, so McAlevey.

### „Organische Anführer\*innen“

Ganz zentral für das Deep Organizing ist die Rolle von „organischen Anführer\*innen“. Das sind Kolleg\*innen, die eine zentrale Rolle in innerbetrieblichen Netzwerken spielen und vor allem ihre Abteilung mobilisieren können. Das sind nicht unbedingt die klassischen Wortführer\*innen, sondern oft die Stillen, denen die anderen Kolleg\*innen vertrauen. Sie sehen sich selten selbst als Führungsperson, sind manchmal sogar skeptisch gegenüber Gewerkschaften – aber haben Einfluss auf ihr Umfeld und kommen aus der Deckung, wenn sie überzeugt sind.

McAlevey sieht als Hauptaufgabe von Organizer\*innen, am Beginn einer Kampagne diese natürlichen Anführer\*innen ausfindig zu machen. Das erfordert viele Gespräche mit den Beschäftigten. Hat man sie

gefunden, sollten sie in die Strategiefindung einbezogen und ausgebildet werden, auch politisch, um sie in die Lage zu versetzen, ihrerseits Unterstützer\*innen zu gewinnen.

Dies bedeutet nicht, die Mitglieder zu klassifizieren, denn alle Aktiven haben etwas beizutragen und die Basismitglieder sind letztlich ausschlaggebend für den Ausgang einer Auseinandersetzung.

Wenn sie ihre Macht erkennen, werden sie zu engagierten Akteur\*innen. Aber den ersten Schritt, um das Feld von innen aufzurollern zu können, machen die Anführer\*innen. Um festzustellen, ob man die organischen Anführer\*innen tatsächlich gefunden hat, sind sogenannte „Strukturtests“ vorgesehen.

Das können niedrigschwellige Aktionen sein. Alle, die bestimmte gewerkschaftlichen Anliegen unterstützen, kommen an einem Tag im roten T-Shirt zur Arbeit. Oder eine Mehrheits-Petition, ein Mehrheits-Fotoposter – bis hin zu ersten Warnstreiks und letztlich zum Mehrheitsstreik.

Im Rahmen des betrieblichen Mappings wird festgehalten, in welchen Bereichen und Abteilungen dies funktioniert hat und wo Schwächen sind. Nicht nur die Organizer\*innen machen dies, sondern alle, die mitmachen wollen. Sind wiederholt Schwachstellen bei der Mobilisierung in bestimmten Bereichen festzustellen, hat man dort wahrscheinlich nicht die Anführer\*in gefunden und muss erneut auf die Suche gehen.

### Klassenakteure in den Communities

Die ganzheitliche Betrachtung der Kolleg\*innen und ihre zentrale Rolle auch bei außerbetrieblichen Mobilisierungen sind ein weiterer Aspekt des Deep Organizing. Die betrieblichen Aktivist\*innen haben persönliche Netzwerke und vielfälti-



Jane McAlevey

**Keine halben Sachen**

**Machtaufbau durch Organizing**

Herausgegeben von Florian Wilde

Aus dem Amerikanischen von Jan-Peter Herrmann

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

248 Seiten | 2019 | EUR 16.80

ISBN 978-3-96488-000-0

ge Beziehungen außerhalb des Betriebes oder der Einrichtung, sind Eltern, haben Partner\*innen, Kinder, einen Freundeskreis, sind in Sportvereinen. Die vielfältigen Hintergründe und Bezugsgruppen der Beschäftigten zu beleuchten und nutzbar zu machen, ist eine wesentliche Aufgabe des Deep Organizing zur Mobilisierung in der Community.

McAlevey fordert ein radikal neues Verhältnis zu den Beschäftigten. Ausführlich werden die Bemühungen rund um den erfolgreichen Lehrkräftestreik in Chicago 2013

dargestellt. Dem ging ein Kampf innerhalb der Lehrenden-Gewerkschaft CTU voraus, geführt durch einen innergewerkschaftlichen Zusammenschluss namens CORE, der sowohl eigene Außenaktivitäten entfaltete als auch die alte Führung herausforderte, indem er strategische und personelle Alternativen anbot.

Wenn Organizing zur Selbstermächtigung beitragen soll, dann kollidiert dies zwangsläufig mit Top-Down-Strukturen in den Gewerkschaften. Viele Organizer\*innen drücken sich um diesen Konflikt und die Notwendigkeit der Organisierung innergewerkschaftlicher Opposition. Doch man kommt nicht allein durch viele gute Organizing-Projekte und deren Verbreitung zu einer dauerhaft anderen Gewerkschaftspraxis. McAlevey macht an mehreren Beispielen deutlich, dass der Kampf um eine andere Führung und um gewerkschaftliche Ressourcen für das Organizing notwendige Voraussetzungen für den erfolgreichen Aufbau klassenkämpferischer Gewerkschaften sind. Sie betont die Notwendigkeit der politischen Ausbildung der Akteure, nicht nur bezogen auf das betroffene Unternehmen.

Beim Lehrkräftestreik in Chicago wurde z.B. jede Versammlung eröffnet mit einer in die Schuldebatte eingebetteten Diskussion zu allgemeineren Themen wie Plünderung der Staatskassen, Banken, Rassismus. Nur die politische Ausbildung über gesellschaftliche Zusammenhänge hilft auch über unvermeidliche Niederlagen im Kampf hinweg. Sie entfaltet Hartnäckigkeit und damit Nachhaltigkeit.

Trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen für Gewerkschaftsarbeit in den USA und hierzulande (hier ist es deutlich leichter!) ein sehr gewinnbringendes Buch mit einem lohnenden Ansatz. Es ist jeder und jedem Gewerkschaftsaktivisten zur Lektüre empfohlen.



Wäre die Cloud eine Wolke, hinge sie nicht an einem Tiefseekabel.

bits-und-baeume.org

## Daten bewegen sich nicht durch die Luft

Welche Umweltauswirkungen hat unser digitales Leben? // **Catie Kessler, GEW-Mitglied**

**D**ie Umweltauswirkungen von Flugreisen oder dem Steak auf Ihrem Teller zu verstehen, ist relativ einfach. Bei der Software auf elektronischen Geräten ist der Zusammenhang weniger offensichtlich - aber nicht weniger wichtig.“ (mobilsicher.de)

Im „echten“ Leben gibt es schon ein größeres Bewusstsein für nachhaltigen Konsum, um bspw. regionale, faire und/oder Bio-Produkte zu kaufen. Doch Umweltbelastung durch Nutzung digitaler Dienste wie Streaming ist - im Gegensatz zu anderen - nicht unmittelbar sichtbar, denn sie ist nicht durch menschliche Sinne wahrnehmbar: Riesige Rechenzentren sind „geruchlose Umweltverschmutzer“. Daten legen im Durchschnitt 15.000 Kilometer zurück - über Glasfaser- und Kupferkabel.

### „Die beste Marketing-Erfindung der modernen Welt“

„Die Daten bewegen sich nicht durch die Luft, sie brauchen einen physischen Träger, um zu zirkulieren“. Der Begriff „Cloud“ vermittelt das Bild einer weißen, reinen Wolke, sie ist leicht und natürlich: „Ich glaube, das ist die beste Marketing-Erfindung der modernen Welt.“ (Inés Leonarduzzi in der arte-Doku „Frankenstream“).

Das Internet produziert riesige Datenströme: Um Daten zu verschicken, wird Elektrizität gebraucht, die wiederum Emissionen verursacht. Je mehr Daten wir verschicken, um so mehr Emissionen verursachen wir auch. Durch das Internet werden inzwischen mehr Emissionen verursacht als durch die weltweite Flugindustrie.

Auch die Tagesschau berichtete bereits 2019 vom „Stromfresser Streaming“: Alleine durch Streaming-Plattformen wie YouTube und Netflix, aber auch durch Videokonferenzen mit Skype und anderen Diensten, werden weltweit inzwischen rund 200 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr verbraucht. Schon 2018 hätten die Streaming-Plattformen ungefähr so viel Strom verbraucht wie alle Privathaushalte in Deutschland, Italien und Polen zusammen. Diese Zahlen dürften sich seitdem weiter gesteigert haben.

**Durch das Internet werden inzwischen mehr Emissionen verursacht als durch die weltweite Flugindustrie.**

Beim Sender Deutschlandfunk fragt man sich sogar, „Droht der Stromkollaps durchs Internet?“ . Laut Weltklimarat fließen etwa zwölf Prozent des globalen Strombedarfs in digitale Geräte, mit steigender Tendenz: „2018 haben wir 33 Zettabytes Daten produziert auf unserem Planeten - ein Zettabyte ist acht mal 10 hoch 21 Bits. Eine 8, gefolgt von 21 Nullen. 2025 dürften wir 175 Zettabyte erreicht haben. Und das wird nicht stoppen.“ (Melvin Vopson, University of Portsmouth)

### Was tun?

Als Gegenmaßnahmen wird vorgeschlagen, Abwärme von Rechenzentren zu nutzen und in Fernwärmenetze einspeisen, effizienter zu programmieren und stromfressende Cyberwährungen zu ersetzen. Doch was kann jeder und jede selbst tun?

Ausgerechnet Verkehrsminister Wissing tat sich letztes Jahr mit Ratschlägen zum Energiesparen hervor und nannte als Beispiel sog. „Foodporn“: „Wenn man sich die Zahl der Fotos von Essen anschaut weltweit, kommt man auf einen enormen Energieverbrauch.“ Man müsse sich die Frage stellen, ob das wirklich notwendig sei. Abgesehen von Glaubwürdigkeitsdefiziten ist die Aussage an sich richtig, denn in der Summe haben auch jeweils kleine Datenmengen einen

großen Effekt: „Auch E-Mails verursachen Treibhausgase - und zwar nicht zu knapp.“ (Ökotest). „Eine normale E-Mail ohne Anhang verursacht bereits etwa zehn Gramm Kohlenstoffdioxid, welches der Klimabilanz einer Plastiktüte entspricht“, erläutert Marianne Wolff, Umweltexpertin des VerbraucherService Bayern. Noch mehr gilt dies wohl für andere Kommunikationskanäle, bei denen ja i.d.R. noch mehr „Anhänge“ in Form von Bild- und Videodaten unterwegs sind.

Um den Stromverbrauch des Internets zu reduzieren, kann jede\*r Einzelne einen ganz eigenen Beitrag leisten, zum Beispiel bereits durch das Löschen überflüssiger

CO2-Emissionen und wurde hochgerechnet als effektiver Beitrag zum Klimaschutz eingestuft.

### Datenschutz ist Umweltschutz

Das Institut für Technik und Journalismus mit den Projekten „mobilsicher.de“ und „AppChecker“ (gefördert durch das BMU) zeigt auf, dass Datenschutz auch Umweltschutz ist. Sie analysieren „Handy-Apps - Die unsichtbaren Stromfresser“. Hierbei sind Verbrauch und Emissionen besonders versteckt:

Die Nutzer\*innen sehen nur, was auf ihren eigenen Geräten passiert, merken es am Akkuverbrauch; die höchsten Verbräuche

**Schon 2018 hätten die Streaming-Plattformen ungefähr so viel Strom verbraucht wie alle Privathaushalte in Deutschland, Italien und Polen zusammen.**

E-Mails. In einem Experiment fordert das TV-Magazin Galileo die Nutzer eines Mail-Dienstes dazu auf, innerhalb einer Stunde möglichst viele Mails zu löschen: Die über 27.000 Teilnehmer der Aktion trennten sich dabei von mehr als 300.000 Mails - durchschnittlich elf Stück - leerten die Papierkörbe und legten damit 50 Gigabyte Festplattenkapazität auf den Servern frei: Nach Schätzungen des Rechenzentrums entsprach das einer Ersparnis von etwa 1,7 Kilogramm

geschehen aber außerhalb des eigenen Geräts. Für Nutzer\*innen ist kaum zu erkennen, wie viel Strom eine App verbraucht, denn der größte Energieverbrauch fällt bei der Datenübertragung und im Rechenzentrum an. „Dabei gibt es viele Möglichkeiten, Apps auch ressourcenschonend zu programmieren.“

Doch viele Apps verbrauchen viel mehr Energie als für ihre eigentlichen Funktionen nötig wäre, weil sie viel mehr Datenverkehr

produzieren, der nicht zur Funktionalität beiträgt, indem sie Werbung einspielen, tracken und Nutzerdaten übertragen.

In der AppChecker-Datenbank mit 30.000 Apps aus dem Google Playstore hat mobsicher.de festgestellt, dass etwa drei Viertel der Apps Werbung implementiert und etwa 90 Prozent mindestens einen Tracker integriert hatten.

Eine Studie im Auftrag der Grünen-Fraktion im Europäische Parlament kam zum Ergebnis, dass allein der Datenverkehr von Werbe- und Tracking-Aktivitäten in Europa 5 - 14 Mt CO2-Äquivalente pro Jahr in den Telekommunikationsnetzen und Rechenzentren verursacht. Dieser Energieverbrauch ist für Nutzer\*innen unsichtbar - er taucht weder beim Akkuverbrauch noch auf der Stromrechnung auf. Mobsicher.de hat es sich zur Aufgabe gemacht, auch diesen Aspekt der Digitalisierung frühzeitig und verständlich zu kommunizieren. „Denn zu vielen Apps und Diensten gibt es Alternativen, die weniger Ressourcen in Rechenzentren und Übertragungsinfrastruktur benötigen.“ Zahlreiche Alternativen ohne Werbung und Tracking finden sich bspw. unter <https://www.kuketz-blog.de/empfehlungsecke/> und <https://digitalcourage.de/kinder-und-jugendliche/schulen>.

**In Bezug auf Glühlampen, Plastiktüten und Strohhalme wurden Ökodesign-Vorgaben erlassen und Mindeststandards definiert, für den IT-Bereich spielt dies aber leider bislang kaum eine Rolle.**

Eines der Negativ-Beispiel ist hier jedoch leider auch die in Schulen gerne verwendete App „Padlet“ (<https://mobilsicher.de/ratgeber/interaktions-app-padlet-im-test>) und auch zahlreiche andere Lern-Apps ([https://appcheck.mobilsicher.de/filter?text=lern&testmethode=alle&sortieren=tracker\\_desc](https://appcheck.mobilsicher.de/filter?text=lern&testmethode=alle&sortieren=tracker_desc)), die viel unnötigen traffic verursachen (und darüber hinaus sensible Daten der Lernenden tracken und weiterverkaufen).

„Das Gute: Nicht jede App belastet das Netz gleich stark, die Unterschiede sind gigantisch. Wer sich die Mühe macht und die richtige App aussucht, kann den Verbrauch also leicht senken.“ (mobilsicher.de). Vor allem offline-Apps, die keine Energie in Telekommunikationsnetzen und Rechenzentren verbrauchen, sind daher wesentlich sparsamer. Brauchen Apps wie Taschenlampen oder pdf-Reader wirklich eine Internetverbindung oder dient diese allein dem Tracking? Bei einigen Apps kann auch temporär ein Offline-Modus genutzt werden.

„Apps verbrauchen nicht nur Akku, sie versenden auch Daten über das Mobilfunknetz. Für jedes versendete Byte verbraucht das Mobilfunknetz zusätzlich Strom. Diesen Stromverbrauch sieht man nicht - in der Summe ist er aber erheblich.“ (mobilsicher.de).

Ein Faktor ist auch der Übertragungsweg: Kabelgebundene Verbindungen über Wi-Fi sind deutlich energieeffizienter als mobile Übertragungstechnologien. Laut einer Studie des deutschen Umweltbundesamtes (Gröger et al., 2021) verbraucht eine Stunde Full-HD Streaming etwa 18 Wattstunden bei der Nutzung von mobilem 4G LTE. Streaming über Wi-Fi reduziert diesen Energieverbrauch auf etwa 1 bis 3 Wattstunden. Datenintensive Funktionen sollten daher in erster Linie genutzt werden, wenn eine Wi-Fi-Verbindung besteht, um unnötigen Datenverkehr zu minimieren. Videos und Musiktracks können auch über Programme wie FreeTube, NewPipe oder Mediathekview bzw. Zapp heruntergeladen werden, um sie dann unterwegs oder bei instabiler Verbindung offline abspielen zu können.

Mobilsicher kommt daher zum Schluss „Datenschutz ist Klimaschutz – das merkt man schnell, wenn man sich den Energieverbrauch von Apps anschaut. Denn trackende Werbung ist der größte Energiefresser überhaupt. (...) Datensparsamkeit reduziert Emissionen.“

Daraus werden auch konkrete Tipps abgeleitet:

1. Werbefreie Apps zur Priorität machen
2. Werbung blockieren (bspw. via „UBlockOrigin“ und „Blokada“)
3. Achtet auf die Art Eurer Internetverbindung: WLAN statt mobiler Daten
4. Wenn möglich, Apps im Offline-Modus verwenden
5. Datensparsames Video-Streaming

**Bits & Bäume**

Die Organisation „Bits & Bäume“ beschäftigt sich mit nachhaltiger Digitalisierung und vernetzt Menschen aus dem IT-Bereich mit Menschen aus Klimaschutz und Umweltforschung für eine „Digitalisierung im Rahmen der planetaren Grenzen“ (<https://bits-und-baeume.org/>).

Die Forderungen richten sich einerseits an Entwickler\*innen („Green Coding“), aber auch an „Kunden“/ Auftraggeber, die digitale Produkte gestalten lassen. Nur wenige wissen bspw., ob bestimmte Webseiten und -services klimaneutral gehostet werden.

Hier zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei Mobil-Apps: Websites sind im Laufe der letzten zehn Jahre extrem aufgebläht worden (bspw. durch eingebettete Videos und Animationen) und werden immer energiehungriger. Auch Werbung bläht die Seiten weiter auf. Aus Usersicht ist hier zu bedenken, für welche Inhalte bzw. Apps man

**Viele Apps verbrauchen viel mehr Energie als für ihre eigentlichen Funktionen nötig wäre, weil sie Werbung einspielen, tracken und Nutzerdaten übertragen.**

auch bereit und in der Lage ist, monetär zu bezahlen, um ein werbefreies Angebot zu erhalten. Auch Ad-Blocker leisten hier gute Dienste und sparen ebenfalls Ressourcen.

Bei Endgeräten sollten Videoströme an die Bildschirmgröße angepasst werden, anstatt die beste verfügbare Qualität zu ver-

wenden. Da Videos etwa 70 Prozent des gesamten Datenverkehrs ausmachen, kann eine solche Anpassung einen erheblichen Datenaustausch einsparen, ohne dass dies mit Nachteilen verbunden wäre.

**Ökologischer Fußabdruck von Software**

Welche Software nutzen wir? „Unterschiedliche Softwareprodukte mit gleichen Funktionen führen zu deutlichen Unterschieden beim Energieverbrauch der Hardware. So benötigt ein weniger effizientes Programm zur Textverarbeitung rund viermal so viel elektrische Energie für die Bearbeitung eines Dokuments wie ein effizientes Programm.“ (Jens Gröger, Öko-Institut).

Proprietäre Programme verbrauchten bereits 2018 in Tests des Öko-Instituts wesentlich mehr Ressourcen als funktionsgleiche quelloffene Programme (Textverarbeitung, Browser). Erstere hatten auch in den Phasen einen sehr hohen Arbeitsspeicher- und damit Energieverbrauch, in denen gar keine Aktionen stattfanden. Durch die verstärkte Cloud-Anbindung von Programmen (bspw. O365) dürfte sich das in jüngster Vergangenheit noch enorm gesteigert haben.

Der BUND empfiehlt: „Vermeiden Sie Clouds - nach einer Greenpeace-Studie verbraucht das Cloud-Computing mehr Strom als ganz Deutschland“. Der Trend geht jedoch leider momentan in die ganz andere Richtung: Immer mehr Programme, allen voran Microsoft365 und Adobe-Produkte, „erzwingen“ eine Cloud-Nutzung auch für Kernfunktionen, die eigentlich offline funktionieren.

Die Öffentliche Hand könnte also in sehr relevantem Maße Ressourcen, Energie und Kosten sparen, wenn sie diese Kriterien in die Auswahl von Software einbeziehen würde.

Hierzu wird von „Bits & Bäume“ auch gefordert, politische Rahmenvorgaben für Hard- und Software zu überarbeiten: In Bezug auf Glühlampen, Plastiktüten und Strohhalme wurden Ökodesign-Vorgaben erlassen und Mindeststandards definiert, für den IT-Bereich spielt dies aber leider bislang kaum eine Rolle. Anfang 2020 im Bundestag geforderte Regeln für Streaming-Anbieter, die Datenmengen zu verringern (bspw. durch geringe Standard-Videoauflösung und Verzicht auf Autoplay), finden sich bisher nicht im politischen Handeln wider.

Quellen zum Artikel im forum 03/2023 (<https://koeln.gew-nrw.de/wir-in-koeln/mitgliederzeitung-forum.html>)

**„Daten bewegen sich nicht durch die Luft**

*Welche Umweltauswirkungen hat unser digitales Leben?“*

<a href="https://appcheck.mobilsicher.de/">https://appcheck.mobilsicher.de/</a>	AppChecker
<a href="https://main-spessart.bund-naturschutz.de/klimatipps/stromverbrauch-durchs-internet">https://main-spessart.bund-naturschutz.de/klimatipps/stromverbrauch-durchs-internet</a>	BUND: Stromverbrauch durchs Internet
<a href="https://mobilsicher.de/apptest/candy-crush-angry-birds-datawing-welche-handy-spiele-sind-am-besten-fuers-klima">https://mobilsicher.de/apptest/candy-crush-angry-birds-datawing-welche-handy-spiele-sind-am-besten-fuers-klima</a>	Candy Crush, Angry Birds, Datawing: Welche Handy-Spiele sind am besten fürs Klima?
<a href="https://digitalcourage.de/kinder-und-jugendliche/schulen">https://digitalcourage.de/kinder-und-jugendliche/schulen</a>	Datenschutz-Tipps für Lehrkräfte und Schulen
<a href="https://mobilsicher.de/kommentar/datensparen-ist-aktiver-klimaschutz">https://mobilsicher.de/kommentar/datensparen-ist-aktiver-klimaschutz</a>	Datensparen ist aktiver Klimaschutz
<a href="https://bits-und-baeume.org/assets/images/pdfs/Bits_und_Baeume_Politische_Forderungen_deutsch.pdf">https://bits-und-baeume.org/assets/images/pdfs/Bits_und_Baeume_Politische_Forderungen_deutsch.pdf</a>	Digitalisierung zukunftsfähig und nachhaltig gestalten. Politische Forderungen der Bits & Bäume 2022
<a href="https://www.deutschlandfunk.de/stromverbrauch-digitalisierung-internet-bitcoin-rechenzentren-abwaerme-100.html">https://www.deutschlandfunk.de/stromverbrauch-digitalisierung-internet-bitcoin-rechenzentren-abwaerme-100.html</a>	Droht der Stromkollaps durchs Internet?
<a href="https://www.kuketz-blog.de/empfehlungsecke/">https://www.kuketz-blog.de/empfehlungsecke/</a>	Empfehlungsecke
<a href="https://www.eon.de/de/pk/strom/strom-sparen/stromverbrauch-internet.html">https://www.eon.de/de/pk/strom/strom-sparen/stromverbrauch-internet.html</a>	Eon: Stromverbrauch im Internet
<a href="https://www.golem.de/news/g7-treffen-digitalminister-foodporn-postings-laut-bundesminister-wissing-klimaschaedlich-2205-165293.html">https://www.golem.de/news/g7-treffen-digitalminister-foodporn-postings-laut-bundesminister-wissing-klimaschaedlich-2205-165293.html</a>	Foodporn-Postings laut Bundesminister Wissing klimaschädlich
<a href="https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/green-cloud-computing">https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/green-cloud-computing</a>	Green Cloud Computing
<a href="https://utopia.de/news/foodporn-wissing-reagiert-auf-kritikerinnen/">https://utopia.de/news/foodporn-wissing-reagiert-auf-kritikerinnen/</a>	Hoher Energieverbrauch wegen „Foodporn“?
<a href="https://www.oekotest.de/freizeit-technik/Eine-E-Mail-ist-genauso-klimaschaedlich-wie-eine-Plastiktueete_600843_1.html">https://www.oekotest.de/freizeit-technik/Eine-E-Mail-ist-genauso-klimaschaedlich-wie-eine-Plastiktueete_600843_1.html</a>	Ökotest: Eine E-Mail ist genauso klimaschädlich wie eine Plastiktüte
<a href="https://www.tagesschau.de/ausland/vestager-stromverbrauch-internet-101.htm">https://www.tagesschau.de/ausland/vestager-stromverbrauch-internet-101.htm</a>	Tagesschau: Warnung vor digitalen Stromfressern
<a href="https://mobilsicher.de/kommentar/zuhause-mobil-internet-strom-umwelt">https://mobilsicher.de/kommentar/zuhause-mobil-internet-strom-umwelt</a>	Übers Mobilnetz zu Hause surfen? Keine gute Idee für die Umwelt
<a href="https://peertube.mobilsicher.de/w/2313e195-1dda-402c-8a14-229cc7621b74">https://peertube.mobilsicher.de/w/2313e195-1dda-402c-8a14-229cc7621b74</a>	Video: Datenschutz ist Klimaschutz - 5 Tipps für nachhaltige Handynutzung
<a href="https://www.arte.tv/de/videos/102810-003-A/frankenstream-das-digitale-monster-3-4/">https://www.arte.tv/de/videos/102810-003-A/frankenstream-das-digitale-monster-3-4/</a>	Video: Frankenstream, das digitale Monster
<a href="https://www.funk.net/channel/represent-12089/so-geht-streaming-klimafreundlich-mit-rezo-1685312">https://www.funk.net/channel/represent-12089/so-geht-streaming-klimafreundlich-mit-rezo-1685312</a>	Video: Funk - So geht Streaming klimafreundlich
<a href="https://media.ccc.de/v/bitsundbaeume-20114-handy-apps-die-unsichtbaren-stromfresser#t=5">https://media.ccc.de/v/bitsundbaeume-20114-handy-apps-die-unsichtbaren-stromfresser#t=5</a>	Video: Handy-Apps – die unsichtbaren Stromfresser
<a href="https://media.ccc.de/c/bub2022">https://media.ccc.de/c/bub2022</a>	Videos: Bits & Bäume 2022

## Nur Nicht-Fliegen ist schöner ...

Wir sollen kaufen, konsumieren, Geld ausgeben, damit die Wirtschaft am Laufen gehalten wird. Dazu zählt auch das Reisen. Doch mittlerweile hat jede\*r eine Vorstellung davon, was der Flugverkehr für unsere Lebensgrundlagen bedeutet. Trotzdem werden Flüge immer noch vom Staat subventioniert. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**



Mit freundlicher Genehmigung der „Allianz pro Schiene“

Wenn es darum geht, eine Überstrapazierung der Stromnetze zu vermeiden, dann sollen wir unser Verhalten hinterfragen und auf Dinge verzichten. Viele erinnern sich noch an das Bild von den x-Atomkraftwerken, die abgeschaltet werden könnten, würden die Menschen nur vernünftig sein und ihre Fernseher vom Netz nehmen anstatt sie im stand-by-Modus laufen zu lassen.

Abgesehen davon, dass die Preisanstiege uns ohnehin dazu zwingen, Kosten im Haushalt zu sparen, klingt es kaum vorstellbar, dass es nur die Faulheit de\*r Einzelnen ist, die zur Ressourcenverschwendung beiträgt. Und wie greift die staatliche Ebene ein, um regulierend zu wirken?

### Zahl der Flüge in Privatjets auf Rekordniveau – und steuerbefreit

2018 zeigte eine Studie des Umweltbundesamtes (UBA), dass zwölf Milliarden Euro der gewährten „umweltschädlichen Subventionen“ auf Steuervergünstigungen für Kerosin und die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge entfallen.

Im vergangenen Juni nahm sich die „Süddeutsche Zeitung“ das Thema der Flüge in Privatjets vor. Demzufolge verzeichnete die „Deutsche Flugsicherung“ im letzten Jahr die Rekordzahl von 94.000 Starts privater Flüge, die „etwa zehn Millionen Tonnen CO2 freigesetzt“ haben. Beinahe drei Viertel

dieser Flüge wären kürzer als 500 Kilometer gewesen und häufig ging es dabei von Hamburg nach Sylt oder von Berlin nach München. „Bei längeren Flügen war der mit Abstand häufigste Zielort Mallorca“.

Obwohl der europäische Emissionshandel für Luftfahrtunternehmen obligatorisch ist, sind in Deutschland kleinere Betreiber von Privatjets davon ausgenommen. Die Umweltorganisation „Greenpeace“ hat ermittelt, dass Deutschland das Land mit den drittmeisten Privatflügen in Europa ist.

### Bahn wurde kaputt gespart

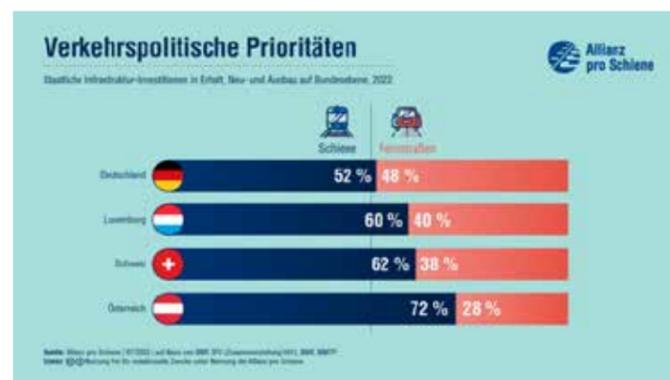
Überlegt man, wie Kurzstreckenflüge durch andere Fortbewegungsarten ersetzt werden können, landet man natürlich auch bei

der Bahn. Hier muss festgestellt werden, dass seit der sogenannten Bahnreform von 1994 ab- und nicht ausgebaut worden ist. Damals wurde das Staatsunternehmen „Deutsche Bahn“ zur Aktiengesellschaft gemacht und die Verantwortung für den Personennahverkehr auf der Schiene wurde vom Bund auf die Länder übertragen. Von 1994 bis 2006 ist das Streckennetz der DB AG dann von 40.385 km auf 34.128 km verkleinert worden. 13.847 km an Gleisen sowie 58.616 Weichen und Kreuzungen sind in dem Zeitraum abgebaut worden. Bis 1992 sind die Beschäftigten der Bahn übrigens als

Staatsbedienstete im Beamtenverhältnis eingestellt worden.

Für 2022 meldet die Bahn nun rund 40 Prozent mehr Fahrgäste im Fernverkehr und mehr Umsatz als jemals zuvor. Kam man und ein operativer Gewinn von 1,3 Milliarden Euro. Nie zuvor wollten so viele Menschen mit der Bahn fahren. Weil aber das Streckennetz derart abgebaut worden ist, hat die DB AG ihre Kapazitäten im Prinzip erreicht. Es muss also dringen investiert, stillgelegte Strecken müssen reaktiviert werden.

Übrigens: 2023 soll der operative Gewinn der „Lufthansa“ mindestens 2,6 Milliarden Euro und damit exakt das Doppelte von dem erreichen, was im letzten Jahr bei der Bahn eingefahren wurde.



Mit freundlicher Genehmigung der „Allianz pro Schiene“

## War is big business!

Trotz aller Krisenzeichen geht es einer Branche prächtig: der Rüstungsindustrie! Jetzt wird im niederrheinischen Weeze ein Werk für Kampffjets eröffnet, die auch für den Transport von Atombomben vorgesehen sind. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**



Während alle Welt diskutiert, wie der Ukraine-Krieg schnellstmöglich beendet werden kann, schafft der größte deutsche Rüstungskonzern „Rheinmetall“ Fakten: Im Mai dieses Jahres fiel bereits die Entscheidung, direkt im Kriegsgebiet Ukraine eine neue Waffenschmiede zu eröffnen, in der man Kampfpfanzers des Typs KF51 Panther produzieren und warten will. Am 1. August 2023 dann traf man sich zum Spatenstich für eine neue Fabrik, in der Teile für den F-35-Kampffjet hergestellt werden sollen.

Damit werden vom Düsseldorfer Waffenproduzenten „Rheinmetall“ rund 400 neue Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig sorgt man aber auch dafür, dass nun in NRW Rumpfmittelteile für atomwaffenfähige Tarnkappenbomber produziert werden. Die WAZ berichtet am 1. August 2023, dass „Deutschland 8,3 Milliarden Euro für 35 dieser Tarnkappenbomber [zahlt], die zum Transport von Atombomben zertifiziert und somit Teil der sogenannten nuklearen Teilhabe sind“.

Finanziert wird der Auftrag direkt aus dem 100-Milliarden-Sondervermögen der Bundesregierung. Ab 2025 sollen in Weeze dann Teile für mindestens 400 dieser F-35-Kampffjets gefertigt werden.

Der Hauptgeschäftsführer des „Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ (BDSV), Hans Christoph Atzpodien, nennt „die Beteiligung von Rheinmetall an dem prestigeträchtigen Projekt [...] eine gute Nachricht für Deutschland“. Was werden die sagen, die in Zukunft von den Bomben getroffen werden?

### Alternativen!

Das ganze Fachwissen der Ingenieur\*innen und aller anderen Beschäftigten könnte so gut genutzt werden, um das zu produzieren, was so dringend nötig ist: regenerative Energieträger, nachhaltige Antriebe für einen zusammenbrechenden Schienenverkehr.

Warum hören wir nicht von neuen Fabriken für Züge oder erneuerbaren Stromquellen? Wieso wird fast ein Viertel der Summe, die den gesamten Bundeshaushalt ausmacht (100 Milliarden Euro von fast 480 Milliarden Euro) als sogenanntes Sondervermögen für Rüstung freigegeben?

Statt Spatenstiche für Rüstungsfabriken brauchen wir Spatenstiche für die Zukunft! Für Nachhaltigkeit ... und Bildung!

### Es ist nicht hoffnungslos!

Nach vier Jahren des Gemetzels auf den Schlachtfeldern des 1. Weltkriegs, der nur etwas mehr als 100 Jahre zurückliegt (was lediglich zwei Generationen entspricht!), trat fast die gesamte Belegschaft der Germaniawerft von Friedrich Krupp in Kiel in den Streik. Die Beschäftigten forderten die „Erzwingung des Friedens“. Als Kaiser Wilhelm II. im September 1918 die Arbeiter der Essener Gusstahlfabrik persönlich zum Durchhalten einzuschwören versuchte, erreichte er seine Zielgruppe nicht und sorgte für den gegenteiligen Effekt.

Muss es erst soweit kommen?

# Über 53.000 Personen fordern den Stopp der Schließung der Kinderklinik Amsterdamer Straße und des Krankenhauses Köln-Holweide

Der Ratsbeschluss vom 15. Juni 2023 zur Krankenhaus-Schließung muss zurückgenommen werden! // **Henning Frey, Mitglied des Ausschuss Angestellte Lehrkräfte und aktiv in den Initiativen zur Verteidigung der Kölner Krankenhäuser**

**Z**u dem Zeitpunkt, da dieser Artikel geschrieben wird, haben 53.110 Personen die Online-Petition gegen die Schließung des Kinderkrankenhauses Amsterdamer Straße und des Krankenhauses Holweide unterzeichnet. Das ist eine enorm hohe Zahl und selbst für eine Online-Petition zu einer kommunalpolitischen Entscheidung außergewöhnlich. Auf der anderen Seite ist dieses Ergebnis auch wiederum nicht „so“ überraschend, weil schon seit über zwei Jahren deutlich wurde, dass die Bevölkerung kategorisch gegen die Schließung der Krankenhäuser ist. So spiegelt das Ergebnis der Online-Petition diese breite Ablehnung erneut wider und zeigt, wie groß die Wut der Bevölkerung über die Zerstörung der Krankenhausversorgung ist.

Im Sommer 2021 schon wurde ein Offener Brief an die Oberbürgermeisterin Reker und den Rat der Stadt Köln gerichtet, der den Stopp der Schließung des städtischen Krankenhauses Holweide und die Rücknahme des sog. „2+1-Beschlusses“ des Rats der Stadt Köln forderte. Diese Forderung wurde von 13.076 Unterzeichner\*innen unterstützt. „2+1“ bedeutete, dass von den heutigen drei städtischen Krankenhäusern eines geschlossen werden sollte – das in Holweide. An dessen Stelle sollte lediglich ein „medizinisches Kompetenzzentrum“ verbleiben, das nicht mehr den Status eines Krankenhauses haben sollte. Dieser Beschluss konnte auch wegen der großen Mobilisierung nur ansatzweise durchgesetzt werden. Im Frühjahr dieses Jahres startete daher OB Reker einen neuen Anlauf unter dem Titel „Zukunftsmodell 1+0“, welcher die zusätzliche Schließung auch des Kinderkrankenhauses in der Amsterdamer Straße vorsah. Dieser Antrag von Reker wurde am 15. Juni im Rat beschlossen.

## Kundgebung vor dem Kinderkrankenhaus

Mit der Online-Petition hat die Bevölkerung eine angemessene Antwort auf diesen Beschluss gegeben. Innerhalb von 72 Stunden nach der Ratsentscheidung hatten bereits 24.311 Menschen die Petition unterschrieben. Am 24. Juni fand eine Kundgebung vor dem Kinderkrankenhaus in der Amsterdamer Straße statt, auf der die Rücknahme der Ratsentscheidung gefordert wurde. Zu der Kundgebung hatten das Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, die ver.di Fachkommission Krankenhäuser NRW, die Initiative Profite schaden Ihrer Gesundheit sowie der Einladerkreis von Betroffenen, BürgerInnen, Beschäftigten und GewerkschafterInnen für den Erhalt der Krankenhäuser Holweide und Amsterdamer Straße aufgerufen.

Auf der Kundgebung sagte Vanessa Fux, eine der Initiator\*innen der Petition: „Ich habe das gemacht, weil ich wirklich fassungslos und schockiert bin, dass die Krankenhäuser geschlossen werden sollen. Wie

**Innerhalb von 72 Stunden nach der Ratsentscheidung hatten bereits 24.311 Menschen die Petition zum Erhalt der Krankenhäuser unterschrieben!**

kann das sein? Wir haben doch in Holweide eine Klinik, die über die Grundversorgung hinaus eine Spitzenklinik im Bereich der Neonatologie [Bereich der Kinderheilkunde; Anm. d. Red.] ist? Das Perinatalzentrum bietet die höchste Versorgungsstufe für Neu- und Frühgeborene und das Kinderkrankenhaus hier in der Amsterdamer Straße ist ebenfalls ein hochqualifiziertes und anerkanntes Krankenhaus!“

## Unbeachtet von der Öffentlichkeit

Susanne Quast forderte im Namen der ver.di-Fachkommission Krankenhäuser NRW vor dem Hintergrund der Krankenhausplanung von Laumann in NRW den Stopp der Krankenhausschließungen. Denn unbeachtet von der Öffentlichkeit ginge diese bereits unter der Prämisse in die Umsetzungsphase, dass durch die Zentralisierung die Krankenhauslandschaft massiv verändert werden soll und „somit in NRW weitere Krankenhäuser oder Abteilungen geschlossen werden und der Kostendruck auf die verbleibenden Häuser immer größer wird“!

Thilo Nicklas von der IG BAU schloss sich an: „Wir vertreten die Gebäudereiniger im Krankenhaus Holweide. Zum Putzen für den Mindestlohn und ‚Turboputzen‘ kommt jetzt durch die Schließung auch noch die Angst um den Arbeitsplatz dazu. Da kann man nur sagen: Vielen Dank Rat der Stadt Köln, dass ihr so toll um die Arbeitsplätze und die Krankenhäuser kämpft und euch so einsetzt für die Gesundheit der Menschen hier in Köln. (...) Krankenhäuser müssen Gewinne erwirtschaften, aber wir leisten uns eine Bundeswehr für jährlich 70 Milliarden und geben noch einmal zusätzlich 100 Milliarden aus für Waffen, die im Prinzip nichts anderes können als töten.“



Kundgebung vor dem Kinderkrankenhaus Amsterdamer Straße am 24. Juni 2023.

**Als Beschäftigte an den Schulen und Bildungseinrichtungen stehen wir an der Seite der Bevölkerung und der Eltern und Kinder, die die beiden Krankenhäuser brauchen, und fordern mit ihnen zusammen die Rücknahme der Ratsentscheidung vom 15. Juni 2023!**

## Vergleich mit dem Bildungssektor

Das Krankenhaus Holweide wurde ungefähr in dem gleichen Zeitraum errichtet, wie die Gesamtschule Holweide. Beide sind Errungenschaften des Kampfs um eine Stärkung und Ausweitung des Sozialstaats, der Krankenhausversorgung und der Bildung. Als Lehrerinnen und Lehrer wissen wir, wie sehr die Bildung durch den Stellenmangel an den Schulen, durch die Überlastung der Lehrkräfte, durch große Klassen und Schulplatzmangel gefährdet ist. Wir wissen, unter welchem Druck unsere Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern stehen. Diese Errungenschaften sind gefährdet. Im Zuge der ganzen Auseinandersetzungen um die drohende Schließung wurde bekannt, dass die Klinikleitung, gedeckt durch den Rat der Stadt Köln, in den letzten Jahren schon Hunderte von Betten auf „kaltem Weg“ abgebaut hat, indem u. a. im Krankenhaus Merheim Stationen nicht mehr saniert und in der Folge gesperrt wurden. In die-

se so leer geräumten Stationen sollen jetzt die Patient\*innen verfrachtet werden, wenn Holweide schließt. Insgesamt droht damit die Festschreibung des Abbaus von 400 Betten und die Streichung von 381 Arbeitsplätzen.

Als Lehrerinnen und Lehrer, als Beschäftigte an den Schulen und Bildungseinrichtungen stehen wir an der Seite der Bevölkerung und der Eltern und Kinder, die die beiden Krankenhäuser brauchen, und fordern mit ihnen zusammen die Rücknahme der Ratsentscheidung vom 15. Juni 2023 und den Stopp der Schließung des Kinderkrankenhauses Amsterdamer Straße und des Krankenhauses Holweide!

Eine weitere Versammlung am 8.07. in Köln-Holweide hat beschlossen, am 7.09. zu einer Kundgebung vor dem Kölner Rat zur Übergabe der bis dahin gesammelten Unterschriften der Petition aufzurufen.

Die Beiträge von der Kundgebung am 24.06. vor dem Kinderkrankenhaus kön-

nen auch im Internet angesehen werden. Hier gibt es auch den Link zur Petition: <https://erhalt-krankenhaus-koeln-holweide.blogspot.com/p/redebeitrage-am-2406.html>



# Verkehrswende statt Tunnel

Die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) haben in diesem Jahr den Fahrplan ausgedünnt und die Fahrpreise erhöht, jedenfalls für alle, die kein 49-Euro-Deutschlandticket haben. Das ist das Gegenteil einer Verkehrswende, wie sie fast alle Ratsparteien zur letzten Kommunalwahl versprochen hatten. // **Angela Bankert, für die GEW Köln im Kölner Bündnis Verkehrswende**



Demo des „Kölner Bündnis Verkehrswende“ gegen den Tunnelbau.



Demo des „Kölner Bündnis Verkehrswende“ gegen den Tunnelbau.

Stattdie KVB massiv oberirdisch auszubauen, ein integriertes Radwegenetz zu errichten und den öffentlichen Raum für Zufußgehende attraktiv zu gestalten, hält die Stadtspitze nach wie vor verbissen daran fest, erneut einen Stadtbahntunnel quer durch die Innenstadt zu bauen: vom Heumarkt bis zum Aachener Weiher für die Linien 1 und 7, mit einem Abzweig für die Linie 9 unter dem Mauritiusviertel. Sollte dies tatsächlich kommen, dann ist die Verkehrswende für Jahrzehnte vertagt, denn der Tunnel würde Milliarden Euro verschlingen und Personalkapazitäten binden.

Um diese Pläne zu verhindern, hatte sich 2018 das Bündnis Verkehrswende Köln gebildet. Die Kölner GEW ist Gründungsmitglied und auch im Koordinierungskreis vertreten. Durch öffentlichen Druck, an dem das Bündnis durch seine Arbeit maßgeblich Anteil hatte, wurde 2018 eine Entscheidung vertagt und Machbarkeitsstudien für eine oberirdische und unterirdische Variante in Auftrag gegeben.

Diese Studien und die Vorzugsvarianten der Verwaltung wurden in diesem Jahr vorgestellt. Die Verwaltung strebt eine Entscheidung bis Mitte nächsten Jahres an. Die Pläne für den Tunnel bedeuten:

- dauerhafte Zerschneidung von Heumarkt und Mauritiusviertel durch die neuen Tunnelrampen;
- an allen Haltestellen entstehen längere Wege, an Neumarkt und Rudolfplatz geht es abwärts bis in die 4. Tiefenebene;
- eine milliardenteure, jahrzehntelange Großbaustelle und Verkehrschaos in der Innenstadt; jahrelange Sperrung des Innenstadttunnels der Linien 3, 4 und 18 am Neumarkt;
- rund 100.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Tunnel-Kilometer.

Die Kostenveranschlagung von bisher knapp einer Milliarde Euro wird mit Sicherheit überschritten, durch Preissteigerung, Bauverzögerungen wegen archäologischer Funde usw. Hier sei nochmal an die Kostenexplosion bei der Nord-Süd-Stadtbahn erinnert, die immer noch nicht fertig ist. Diese sollte insgesamt 550 Millionen Euro kosten, bei 90 Prozent Fördermitteln vom Bund und Land sollte die Stadt Köln nur 55 Millionen zahlen. Die Fördermittel sind jedoch gedeckelt und beziehen sich nur auf die ursprünglich veranschlagte Summe. Doch die Kosten stiegen kontinuierlich (auch ohne den Unfall), die Stadt musste immer mehr teure Kredite dafür aufnehmen, so dass sich die Kosten für die Stadt letztlich auf 1,1 Mil-

liarden Euro aufsummierten. Wohlgermerkt: ohne die Kosten des tödlichen Unfalls mit dem Einsturz des Stadtarchivs; die noch obendrauf kamen (hier gab es einen außergerichtliche Vergleich mit den Baukonzernen).

## Tunnel-Mania

Es ist kaum zu fassen, dass die Stadt nach den desaströsen Erfahrungen mit dem Nord-Süd-Tunnel nach wie vor nicht von der Tunnel-Manie ablässt. Der Ost-West-Tunnel ist nicht das einzige unterirdische Vorhaben. Weitere Machbarkeitsstudien sind in Auftrag gegeben: für das Verbindungsstück Linie 13 von Klettenberg bis zum Rhein, eine fortgesetzte Tunnelführung unter dem Rhein her, unter dem ganzen Rechtsrheinischen her bis zum Bahnhof Mülheim. Man könnte den Eindruck gewinnen, „Maulwürfe“ der Tunnelbohrfirma Herrenknecht sitzen in den Ämtern.

Denn in der Tat ist es nicht nur für Herrenknecht, sondern für die Bauwirtschaft insgesamt sehr viel lukrativer, Tunnel zu bauen, mit all den damit verbunden unterirdische Unwägbarkeiten, die immer wieder Nachschlagforderungen ermöglichen.

Hinzu kommt, dass Köln ja gar keine U-Bahn hat, kein geschlossenes Metrosystem wie andere Großstädte, in dem man rasch vorwärts käme. Köln hat eine Stadtbahn, die ab und zu unter Pflaster fährt, und anschließend wieder im Straßenverkehr steht. Ein möglicher Zeitvorteil ist allein schon durch die weiten Wege in die Tiefe wieder häufig, ganz zu schweigen vom Zustand der Rolltreppen und Fahrstühle.

## Oben bleiben!

Eine oberirdische Ertüchtigung der Ost-West-Achse ist um ein Vielfaches schneller, preiswerter, umweltfreundlicher und barrierefreier umsetzbar. Beispiel: Die Verlängerung der Linie 5 nach Ossendorf war unproblematisch und in nur acht Monaten fertig. Doch da die Nord-Süd-Stadtbahn so viele Ressourcen verschlungen hat, sind seit ihrem Baubeginn oberirdisch nur 3,5 Schienenkilometer neu gebaut worden. Das würde uns bei einem Ost-West-Tunnel ebenfalls blühen.

Die Verwaltung hat mögliche oberirdische Varianten vorgestellt, wobei ihre Vorzugsvariante nicht gerade attraktiv ist: Man will 4 Gleise bauen, damit den halben Neumarkt belegen und die südliche Baumreihe abholzen. Böse Zungen sagen schon, diese abschreckende Vorzugsvariante diene dazu,

mehr Zustimmung zur Tunnel-Lösung zu generieren.

Auf der Linie 1 sollen außerdem 90m-Bahnen fahren statt der bisherigen 60m-Bahnen. Damit will man vor allem Personal sparen, denn ein Fahrer kann dann mehr Personen befördern. Dazu müssen auf der ganzen Ost-West-Achse alle Haltestellen, auch die unterirdischen, verlängert werden. Zudem haben 90m-Bahnen eine starke Barrierewirkung beim Queren und im Stadtbild.

Alternativvorschläge liegen aber auch auf dem Tisch: Versetzte Haltestellen an den Nadelöhr-Haltestellen Heumarkt und Neumarkt, mit Mittelbahnsteigen und zwei Gleisen in jede Richtung, ermöglichen eine erhöhte Abfertigungskapazität und damit eine Taktverdichtung, unter Beibehaltung der 60-Meter-Stadtbahnen.

(Vorschlag Bündnis Verkehrswende Köln - <https://verkehrswende.koeln/oePNV-roadmap-plus#oberirdischer-haltestellen-ausbau>)

Der Neumarkt bliebe voll erhalten. Durch Sperrung der nördlichen Umfahrung für den Autoverkehr, kann der Platz an die Fußgängerzone angebunden werden. Dies verringert auch die Anzahl der Auto-Queuerungen für die Stadtbahn.

Das setzt natürlich voraus, dass der Autoverkehr – beginnend mit den rund 40 Prozent Durchgangsverkehr – reduziert wird und der öffentliche Raum zugunsten von Straßenbahn, Rad- und Fußverkehr umverteilt wird.

## Mehr Geld und Personal für die KVB

Die Ost-West-Achse ist auch deshalb überlastet, weil im KVB-Netz viele Verkehrsströme sternförmig „durch die Mitte“ gehen, denn wichtige Teilstücke für die Stadtbahn fehlen. Wenn diese Lücken geschlossen und die KVB endlich netzförmig oberirdisch ausgebaut wird, dann schafft das rasch Entlastung. Dazu gehören auch die Schienenanbindung von Vororten und Außenbezirken, mehr Rheinquerungen durch Umweltbrücken (nur für Straßenbahn, Rad- und Fußwege), die Nutzung von Ringstraßen wie der Inneren Kanalstraße für ÖPNV-Trassen, was mehr Umstiegsmöglichkeiten und Flexibilität bedeutet, ohne erst in die Innenstadt umsteigen zu können.

Es ist dringend nötig, Gelder und Personal in den raschen oberirdischen Ausbau der KVB zu stecken und nicht zu verbuddeln.

## Manteltarifrunde Nahverkehr Anfang 2024

Dazu gehören auch gute Arbeitsbedingungen für die KVB-Beschäftigten. Die nächste Gelegenheit für die kommunalen Arbeitgeber, eine deutliche Aufwertung der Fahrpreise zu ermöglichen, ist die Manteltarifrunde Nahverkehr Anfang 2024. Dann klappt es auch mit der Personalsuche! Bereits in den letzten Tarifrunden wurden die ver.di-Forderungen im Nahverkehr von einem breiten Bündnis aktiv unterstützt: von der GEW ebenso wie von der Klimaschutzbewegung und dem Bündnis Verkehrswende. Das wird auch 2024 der Fall sein.

Zur Zeit wird spekuliert, ob eine Entscheidung überhaupt noch in dieser Ratsperiode gefällt wird.

Aber solche Verzögerung sind kontraproduktiv, weil dann auch der oberirdische KVB-Ausbau liegenbleibt. Es ist höchste Zeit, die Tunnelpläne endgültig zu begraben und endlich in eine echte Verkehrswende zu investieren. Neben einer kundenfreundlichen KVB gehört dazu natürlich auch der Ausbau eines Radwegenetzes und die Planung des öffentlichen Raums zum Gehen und Verweilen.



Das Bündnis Verkehrswende Köln startet im Herbst eine Petition für den oberirdischen Ausbau der KVB statt der Tunnel-Pläne.

Bitte hier nachschauen zum Unterzeichnen: <https://verkehrswende.koeln/>



## Orbán's „Rachegesetz“

Das ungarische Parlament hat am 4. Juli ein umstrittenes Gesetz verabschiedet, mit dem Lehrkräfte ihren Beamtenstatus verlieren. Seit über einem Jahr protestieren diese gemeinsam mit Schüler:innen und Eltern gegen die miserablen Lern- und Arbeitsbedingungen an den staatlichen Schulen. Das Gesetz – so schätzen es Kritiker ein – ist die Quittung dafür. // **Ines Bartenstein, Mitglied im GfV und der „forum“-Reaktion**



Bereits 2022 demonstrierten tausende Lehrerinnen und Lehrer auf der Liberty-Brücke in Budapest gegen das miserable Bildungssystem.

Seit März 2022 streiken ungarische Lehrer:innen für höhere Gehälter. Mit 700 Euro, und nur 500 Euro für Berufsanfänger:innen<sup>1</sup>, verdienen die Kolleg:innen weniger als das ungarische Durchschnittseinkommen. Aber die Streiks und auch die Solidaritätsaktionen der Schüler:innen und Eltern richten sich nicht nur gegen die niedrige Bezahlung, es geht um eine bessere Bildungspolitik. Ungarns Regierung investiert seit Jahren immer weniger in das staatliche Schulsystem, fördert hingegen private Bildungseinrichtungen, von Kritikern auch rechte Kaderschmieden genannt. Personalmangel, eine miserable Ausstattung, unbezahlte Überstunden sind die Folge.

Seit Orbán 2012 das Klebelsberg-Institut gründen ließ, unterstehen dieser Behörde alle staatlichen Schulen, alle Lehrkräfte, aber auch die Lehrpläne. Das Institut sorgt seitdem Schritt für Schritt dafür, dass Patriotismus, anti-westliche Propaganda, traditionelle Geschlechterrollen Bestandteil der Lehrpläne sind. So ist z.B. die Darstellung von Homo- oder Transsexualität in Schulbüchern verboten.

In Ungarn ist seit Mai 2022 ein allgemeines Streikrecht in Kraft, dass die Arbeitsniederlegung im Prinzip verbietet. Eine Reihe von Kolleg:innen wurde wegen Teilnahme an Streiks dann auch gekündigt. Trotzdem

ließen sich Schüler:innen, Lehrkräfte und Eltern nicht einschüchtern.

Die Proteste gegen die Bildungspolitik Orbán's haben phantasievolle Formen gefunden. Nachdem es bei mehreren Großdemonstrationen zum Einsatz von Tränengas kam, erfand man die Zebra-Proteste, bei denen Gruppen von Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern mit Protestschildern auf dem Fußgängerüberweg vor Ampeln immer mittwochmorgens eine halbe Stunde lang hin- und herlaufen, andere mit den Autofahrer:innen und Passant:innen ins Gespräch kommen, um dann um 8.00 Uhr in den Unterricht zu gehen.

Das neue Gesetz schafft zum einen den Beamtenstatus der Lehrkräfte ab, die neuen Arbeitsverträge soll es im Januar 2024 geben. Es führt außerdem ein „Punkte- und Strafsystem für die Auszahlung von Gehältern“<sup>2</sup> ein, die bisherigen Regelungen zur wöchentlichen Arbeitszeit werden aufgehoben.

„Kritik kommt auch vom Europäischen Parlament. In einem Brief der Fraktionen im EU-Parlament vom 23. April dieses Jahres an die EU-Kommission heißt es, das neue Gesetz in Ungarn würde „fundamentale Rechte“ der Lehrkräfte drastisch einschränken, etwa das Recht auf Meinungsäußerung und das Streikrecht. Öffentliche Arbeitgeber hätten künftig die Möglichkeit, digitale Geräte,

die von den Lehrkräften zum Unterrichten genutzt werden, zu kontrollieren. Betroffen seien mehr als 100.000 Lehrkräfte.“<sup>3</sup>

Besonders perfide: Die Regierung knüpft eventuelle Lohnerhöhungen für die Lehrkräfte daran, dass die EU Fördergelder für Ungarn, die wegen Korruptionsverdacht zurückgehalten werden, endlich freigibt. Dabei ist die EU ganz sicher nicht dafür zuständig, das ungarische Bildungssystem grundlegend zu finanzieren.

Wie geht es nun weiter? 5.000 Lehrer:innen hätten bereits erklärt, dass sie kündigen würden, sollte das Gesetz in Kraft treten, so die Bildungsgewerkschaft PDSZ. Das wird die Lage an Ungarns staatlichen Schulen sicher verschärfen. Man kann nur hoffen, dass es PDSZ und PSZ, eine weitere Bildungsgewerkschaft, sowie der Organisation „Tanítanék („Ich will unterrichten“)“ gelingt, Kolleg:innen, Schüler:innen und Eltern weiter im Kampf um eine andere, bessere Bildungspolitik zu vereinen.

Quellen:

<sup>1</sup>taz, 4.7.2023,

„Blockbildung in Ungarn“, Johannes Frey; Homepage der GEW Bund, 27.06.2023, Mathias Holland-Letz; APA 4.7.23 Austria Presse Agentur; Youtube Euronews 4.5.2023

<sup>2</sup>Taz, 4.7.2023

<sup>3</sup>Homepage der GEW Bund, 27.06.2023

## Stadtteilerkundung in Zollstock

Die erste historische Erwähnung Zollstocks entstammt aus dem Jahr 1877. Zuvor befanden sich auf dem Gebiet des heutigen Stadtteils nur landwirtschaftlich genutzte Felder und einige Ziegenleien. Der Name des Stadtteils leitet sich von einem kleineren Zollhaus (genannt Zollstock) ab, das an dem Schnittpunkt eines der Feldwege mit dem um Köln führenden Bischofsweg stand. Durch eine weiträumige Eingemeindung wurde Zollstock im April 1888 der Stadt Köln zu gesprochen. // **Helga Pennartz, Aktive Ruheständler\*innen**



### Das Wappen von Zollstock

Zollstock besitzt ein eigenes Wappen, das vom ehemaligen Rektor der Volksschule in Zollstock, Joseph Rosenzweig (1866–1937), entworfen und von Robert Steimel heraldisch überarbeitet wurde. Das Wappen zeigt im unteren Teil eine Straße mit Zollhaus und Schranke sowie im oberen Teil die drei Kronen des Kölner Stadtwappens.

Wir starteten unseren Rundgang am ehemaligen Werksgelände der Firma Pohlig. Dort ist heute ein großes Versicherungsunternehmen zu Hause.

Julius Pohlig eröffnete 1894 dort eine Maschinenfabrik. Die Firma entwickelte sich schnell zum größten Arbeitgeber im Stadtteil. Weltweite Beachtung erreichte das Unternehmen mit Bau der ersten Personendrahtheilbahn auf den Zuckerhut in Rio de Janeiro (1912). In Köln erinnern die Rheinseilbahn und die Lastkräne am Rheinauhafen an die Firma Pohlig. 1988 wurde das Werk in Zollstock geschlossen, die Firmenanteile wurden an andere Unternehmen verkauft. Die Haltestelle „Pohligstr“ der Linie 12 erinnert an die Firma.

Über Zollstock gibt es ein Lied von den Bläck Fööss. Dort heißt es:

*En Zollstock es et su schön  
Ding Kirche, Kneipe un Parkplätz  
Ding Schreberjäte su jrön*

Ob dies stimmt, wollten wir bei der Stadtteilbesichtigung erkunden.

Die ersten Wohnhäuser wurden um 1900 gebaut. Der Stadtteil ist jedoch vor allem durch die von den Baugenossenschaften errichteten Straßenzüge in den Baustilen der 1920er und 1950er Jahre geprägt. Zahlreiche Siedlungen wurden im Auftrag der GAG gebaut und gehören bis heute zu ihrem Bestand.

### Riphahn-Bauten

Einige Straßenzüge wurden in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts von Wilhelm Riphahn konzipiert. In seinen Siedlungen findet man begrünte, großzügige Innenhöfe, in denen die Menschen sich aufhalten und damals auch ihre Wäsche zum Trocknen aufhängen konnten. In einer Zeit, in der viele Arbeiterwohnungen feucht rochen, weil es üblich war, die nasse, nur von Hand ausgewrungene Wäsche an einer Leine über dem Herd zu trocknen, bedeutete das eine deutliche Verbesserung der Wohnqualität. Die Bewohner\*innen von Riphahns Siedlungen sollten sich frei fühlen. „Lich, Luff und Bäumcher“ war das kölsch formulierte Motto. Auf Hochdeutsch: „Licht, Luft und Bäume. Wir stellten fest, das Lied der Bläck Fööss trifft zu.

Selbst der Hochbunker in der Hertastraße liegt heute versteckt hinter einer dichten Efeuwand und wird im Vorbeigehen leicht übersehen. Der Bunker wurde 1942 als 5-geschossiges Stahlbetongebäude gebaut und 1995 unter Denkmalschutz gestellt. Heute befinden sich auf seinem Dach sechs großzügig aufgebaute Lofts.

Im Archiv der Kunsthochschule für Medien in Köln findet man einen Film: Bunkerleben - Köln, Herthastraße 43-45. Der Film erzählt die Reise durch meterdicken Stahlbeton in die Vergangenheit zweier Frauen, Helga Arntz-Ross und Robertine Kramer. Beide haben den Hochbunker in der Herthastraße bewohnt, beide verbinden unterschiedliche und gemeinsame Ereignisse und Emotionen mit dem Gebäude.

Eine gute Überleitung zu einigen der verborgenen Frauengeschichten.

### Theophanuplatz

Theophanu (960 -991) war die Nichte des byzantinischen Kaisers und wurde als Frau

von Kaiser Otto II. für elf Jahre zur Mitkaiserin des römisch-deutschen Reiches. Als Otto II. starb, sicherte sie als Regentin für acht Jahre den Thron für ihren Sohn Otto III. Sie war eine der einflussreichsten Herrscherinnen des Mittelalters, ihr Grab befindet sich in St. Pantaleon.

### Elsa Falk-Haus

Else Falk (1893 -1942) war eine deutsche Frauenrechtlerin und Sozialpolitikerin in der Weimarer Republik. Sie war Gründerin und aktives Mitglied von Kölner Frauen- und Wohlfahrtsvereinen und Förderin von zahlreichen sozialen Projekten. Von 1919 bis 1933 war sie Vorsitzende des Stadtverbandes Kölner Frauenvereine. Um ihr Engagement für die Frauenfürsorge zu würdigen, wurde das Wohnheim für berufstätige Frauen in Zollstock kurze Zeit nach der Einweihung 1930 in Else-Falk-Haus umbenannt.

Sibille-Hartmann-Straße

Sibille Hartmann, geborene Maria Sibilla (1890 -1973), war eine Politikerin der Deutschen Zentrumspartei. Ab 1916 pflegte sie ein vertrautes Verhältnis mit Konrad Adenauer. Zwischen 1919 und 1933 saß sie als erste Frau der Zentrumspartei im Kölner Stadtrat. Nach der verordneten Zwangspause von 1933 bis 1945 nahm sie ihre politische Tätigkeit wieder auf. Hartmann gehörte zu den 18 Gründungsmitgliedern der Christlich Demokratischen Union (CDU). Sibille Hartmann war in den 1950er Jahren maßgeblich daran beteiligt, die Kölner Kinderhäuser zu gründen. Dadurch konnten Kinder aus Heimen mit oft katastrophalen Zuständen in familienähnlichen Strukturen aufwachsen.

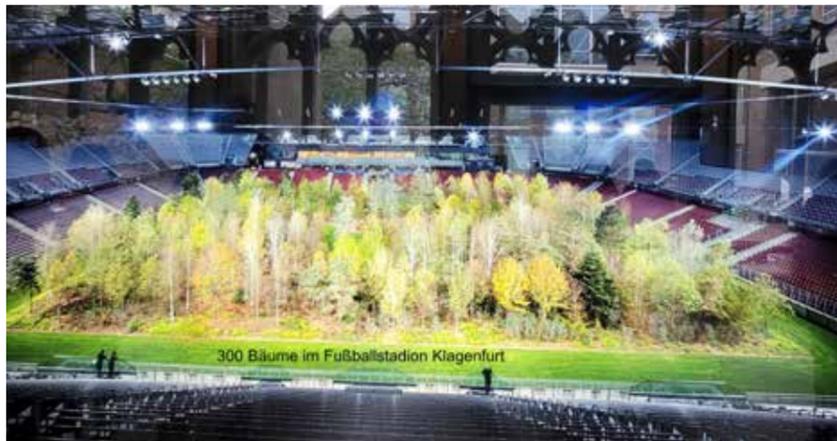
Das Lied der Bläck Fööss endet mit folgendem Satz:

*Wann kütt die 12, ich muss noh Zollstock.*

Sie auch?

# Besuch der Ruheständler\*innen im Museum für Angewandte Kunst Köln

Die Ausstellung „Between the Trees“ drehte sich rund um Design, Kunst und Nachhaltigkeit. Im Mittelpunkt stand – wie der Name schon sagt – der Baum. // **Helga Pennartz, Aktive Ruheständler\*innen**



**Die Ausstellung gliederte sich in drei große Abschnitte:**

## 1. Die biologisch-klimatische Ebene – Der Baum neu gedacht

Der Baum hat für das Ökosystem Erde und uns Menschen unerlässliche funktionale Eigenschaften: Er produziert Sauerstoff, ohne den wir Menschen nicht leben können. Er reinigt die Luft, spendet Schatten und kühlt die Umgebungstemperatur um mehrere Grad. Als eigenes Ökosystem bietet er Lebensraum für andere Organismen. Neben alledem ist er ebenso ein unverzichtbarer Akteur im Kampf gegen den Klimawandel und für den Erhalt einer funktionierenden, gesunden Umwelt. Zunehmend wird der Baum selbst, ob in der Stadt oder in Wäldern, von den Auswirkungen der Klimakrise, wie Hitze, Dürre, Trockenheit, Schädlingsbefall oder Wetterphänomenen, betroffen.

„Der Baum neu gedacht“ untersucht, wie sich Designer\*innen und Künstler\*innen von seinen funktionalen Fähigkeiten inspirieren lassen. So dient der Baum als Vorbild für technologische Erfindungen – wie z. B. dem ausgestellten „Super Tree“ – ein Bioreaktor aus Kunststoff mit etwa 6 km langen Schläuchen. Im Blätterdach und im Stamm des Super Trees betreiben Kolonien von Cyanobakterien Photosynthese und produzieren dabei zehnmal mehr Sauerstoff als die Blätter eines Baumes ähnlicher Größe. Stellt sich die Frage: Sehen so demnächst unsere Innenstädte aus? Brauchen wir die Natur überhaupt noch?

## 2. Die materielle Ebene – Der Baum neu genutzt

Der Baum liefert uns Material: Holz, Zellulose, Lignin, Rinde und Laub. Holz stellt dabei seit jeher einen zentralen Werkstoff dar. Verschiedene Holzarten unterscheiden sich: manche sind leichter, manche schwerer, manche flexibler, manche härter. Holz ist ein „lebendes“ Material – es dehnt sich, quillt an und zieht sich zusammen, es überträgt Schwingungen.

Doch auch die Verfügbarkeit von einem nachwachsenden Rohstoff wie Holz ist begrenzt. Auch in Deutschland geht der Holzeinschlag über das hinaus, was der Wald aus ökologischer Perspektive verkraften kann. Der Earth Overshoot Day markiert das Datum, an dem die Menschheit alle biologischen Ressourcen verbraucht hat, die die Erde im Laufe eines Jahres regeneriert – 2022 war dies der 28. Juli, 2023 schon Anfang Mai.

„Der Baum neu genutzt“ zeigte den schonenden Umgang mit Ressourcen durch die Verwendung von Totholz, Rinde und Laub sowie Materialentwicklungen für Kleidung und Schuhe aus Zellulose-Fasern.

## 3. Kulturelle Ebene – Der Baum neu interpretiert

Welche Bedeutung haben Bäume auf kultureller, sozialer und emotionaler Ebene für den Menschen im urbanen Raum? Sie holen die Natur in die Stadt und schaffen Orte der Ruhe und Entspannung.

Unter dem Namen „Die ungebrochene Anziehungskraft der Natur“ pflanzte Klaus Littmen 300 mitteleuropäische Bäume auf der Spielfläche des Fußballstadions in Klagenfurt. Diese temporäre Kunstintervention fand bei über 200 000 Besuchern Interesse. Die Intention dieses Events war, die Beziehung Mensch – Natur zu schärfen.

Stellen wir uns diesen Fragen:  
Wie ergeht es den Bäumen in der Stadt? Ihr Leben zwischen Abgasen, versiegelten Böden aus Asphalt und Beton, schützenden, aber ebenso begrenzenden Baumgittern und Wassermangel, ist voller Stress. Und: Welche Pflichten, welche Verantwortung haben wir gegenüber dem Baum? Wie können wir respektvoller mit Bäumen umgehen und unser Zusammenleben anders gestalten? Würde ein respektvollerer Umgang mit Bäumen auch unser soziales Zusammenleben positiv beeinflussen?

Weitere interessante Aspekte zu dem Thema zu finden beim ThinkTank für Design und Nachhaltigkeit: [www.oekorausch.de](http://www.oekorausch.de)

## EINLADUNG

zum Besuch der Ausstellung

## „Silber für Tsingtau“

im Museum für ostasiatische Kunst in Köln

Wir treffen uns am Mittwoch,  
25.10.2023 um 11.00 Uhr in der Eingangshalle.

Der Gruppeneintritt beträgt 9,50 Euro pro Person.  
Man erreicht das Museum mit der Linie 1 oder 7  
der KVB (Haltestelle: Universitätsstraße).  
Parkplätze sind nur begrenzt verfügbar.

Die Teilnehmezahl ist begrenzt,  
deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle  
verbindlich anmelden

E-Mail: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
oder Telefon: 0221-516267  
und im Verhinderungsfall auch wieder  
abmelden.

## EINLADUNG

## „Auf den Spuren der NS-Zeit in Köln-Sülz“

Welche Menschen und Schicksale verbergen sich  
hinter den Stolpersteinen?  
Zwangsarbeit in Sülzer Betrieben  
Widerstand am Sülzgürtel 8  
Treffpunkt der Edelweißpiraten am Manderschei-  
der Platz

Am Dienstag, den 26. September 2023 führt uns  
unsere Kollegin Malle Bensch-Humbach zu diesen  
Themen durch Sülz.  
Treffpunkt um 14 Uhr an der Haltestelle  
,Arnulfstraße‘ der Linie 18 (Richtung Klettenberg)  
Beitrag: 10 Euro als Spende für den Verein  
EL-DE Haus

Die Teilnehmezahl ist begrenzt, deshalb bei der  
GEW-Geschäftsstelle verbindlich anmelden  
(E-Mail: [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de) oder Telefon:  
0221-516267) und im Verhinderungsfall auch  
wieder abmelden.

+++ SOS +++

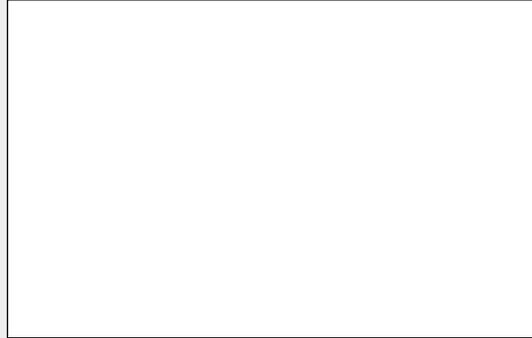
## Senioren-Nachwuchs dringend gesucht!

Wir sind sechs im Kölner und Rhein-Berger Ausschuss für Ruheständler\*innen. Wir haben die Arbeit für euch - und natürlich auch für uns - lange, gerne und hoffentlich auch gut gemacht. Aber drei von uns werden in diesem Jahr 80, zwei im nächsten. Die Kraft wird langsam weniger, dafür nehmen Zipperlein & Co zu.

Einige von uns möchten deshalb von unserem Amt zurücktreten, aber wir möchten ebenfalls, dass die Ausschuss-Arbeit fortgesetzt wird, mit jüngeren Kolleg\*innen, vielleicht auch mit neuen, jüngeren Ideen, auf Wunsch mit Unterstützung der Altgedienten.

Die Arbeitsbelastung hält sich, verteilt auf viele Schultern, in Grenzen. Wenn Ihr Fragen habt, dann fragt uns – persönlich, am Telefon oder per E-Mail. Die Geschäftsstelle, die den Ausschuss auch sonst tatkräftig unterstützt, gibt die nötigen Daten bei Bedarf weiter.

Und nun rafft euch auf, kommt arbeitet mit! Wir freuen uns auf unsere Nachfolger\*innen, die jungen Alten mit den frischen Ideen!



**// Geschäftsstelle //**

***Einladung zur Mitgliederversammlung***

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur

---

***Mitgliederversammlung der GEW Köln  
am 29. November 2023 von 17h30 – 20h00 im großen Saal des  
DGB-Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)***

---

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

**Vorschlag zur Tagesordnung:**

**TOP 1 Rechenschaftsbericht des Geschäftsführenden Vorstands (GfV)**

- a) Vorstellung des Rechenschaftsberichts 2023 des GfV
- b) Finanzen bis einschließlich 3. Quartal 2023
- c) Entlastung des GfV

**TOP 2 TV-L Tarifrunde**

- a) Bericht aus der Bundestarifkommission & von den Streiktagen
- b) Diskussion & Austausch

**TOP 3 Umstrukturierungsprozess GEW NRW stärken**

- a) Stand der Dinge & was GEW NRW stärken für den StV Köln bedeutet
- b) Fragen, Austausch & Diskussion

**TOP 4 Anträge**

- a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
- b) sonstige Anträge

**TOP 5 Verschiedenes**

**Anträge an die MV müssen bis zum 22. November 2023 in der Geschäftsstelle eingegangen sein.** Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

Herzliche GEWerschaftliche Grüße  
der Geschäftsführende Vorstand